ANY UNITED STATES PERSON WHO HOLDS THIS OBLIGATION WILL BE SUBJECT TO LIMITATIONS UNDER THE UNITED STATES INCOME TAX LAWS INCLUDING THE LIMITATIONS PROVIDED IN SECTIONS 165(j) AND 1287(a) OF THE INTERNAL REVENUE CODE.

Tranchennummer: 1

### DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

#### **VORLÄUFIGE INHABERGLOBALURKUNDE**

über

#### EUR 1.500.000.000

### kündbare fest- zu variabel verzinsliche Schuldverschreibungen von 2021/2032

Diese Vorläufige Inhaberglobalurkunde (die **Globalurkunde**) verbrieft eine ordnungsgemäß genehmigte Emission von Schuldverschreibungen (die **Schuldverschreibungen**) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die **Emittentin**), für die die Bedingungen gelten. Bezugnahmen in dieser Globalurkunde auf die **Bedingungen** verstehen sich als Bezugnahmen auf die Emissionsbedingungen, die in den dieser Globalurkunde beigefügten Endgültigen Bedingungen enthalten sind.

Soweit in dieser Globalurkunde Begriffe verwendet werden, die in den Bedingungen definiert sind, haben diese Begriffe in dieser Globalurkunde die ihnen in den Bedingungen zugewiesene Bedeutung. Die Bedingungen sind Teil dieser Globalurkunde.

Die Emittentin verpflichtet sich nach Maßgabe der Bedingungen, an den Inhaber dieser Globalurkunde die hierauf nach den Bedingungen zahlbaren Beträge zu zahlen.

Der Nennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen ist der oben angegebene Betrag oder, sofern der Betrag niedriger sein sollte, der zuletzt in der maßgeblichen Spalte in Teil II oder III des Anhangs I oder der im Anhang II eingetragene Nennbetrag.

Bei jeder Rück- oder Zinszahlung oder bei Rückkauf und Entwertung bezüglich der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen werden Einzelheiten zu dieser Rück- oder Zinszahlung oder diesem Rückkauf und der Entwertung durch oder für die Emittentin im Anhang I eingetragen und das entsprechende Feld in Anhang I, in dem diese Rück- oder Zinszahlung oder dieser Rückkauf mit Entwertung eingetragen ist, durch oder für die Emittentin abgezeichnet. Durch jede solche Rückzahlung oder jeden Rückkauf mit Entwertung verringert sich der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen um den Nennbetrag dieser Rückzahlung bzw. dieses Rückkaufs mit Entwertung. Der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht nach einer solchen Rückzahlung oder einem solchen Rückkauf mit Entwertung oder einem Austausch wie nachstehend in Bezug genommen dem zuletzt durch oder für die Emittentin in der entsprechenden Spalte in Teil II oder III im Anhang I oder im Anhang II eingetragenen Nennbetrag.

Diese Globalurkunde wird gemäß den Bedingungen ausgetauscht. Bei vollständigem Austausch ist diese Globalurkunde dem Fiscal Agent auszuhändigen. Sofern diese Globalurkunde nur teilweise ausgetauscht wird, sind Einzelheiten zu diesem Austausch in Anhang II einzutragen, woraufhin der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen um den ausgetauschten Nennbetrag reduziert wird. Sofern diese Globalurkunde gegen eine Dauer-Inhaberglobalurkunde ausgetauscht wird, sind Einzelheiten zu einem solchen Austausch auch im Anhang II der Dauer-Inhaberglobalurkunde einzutragen.

Diese Globalurkunde unterliegt deutschem Recht und wird entsprechend ausgelegt.

Diese Globalurkunde wird erst wirksam, wenn sie von oder im Namen der Emittentin unterschrieben und von oder im Namen des Fiscal Agent mit einer Kontrollunterschrift versehen wurde.

<b>ZUR BEURKUNDUNG</b> dessen hat die Emittentin diese Globalu ausfertigen lassen.	urkunde ordnungsgemäß in ihrem Namen
Frankfurt, 17. Feb. 2021	
DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT	
Titel / Name	
Kontrollunterschrift (ohne Obligo, Gewährleistung oder Rückgivon oder im Namen der D ய e Bank Aktiengesellschaft	riff)

### Anhang I zur Vorläufigen Inhaberglobalurkunde

### Teil I

### ZINSZAHLUNGEN

Datum	Gesamtbetrag der fälligen Zinsen	Betrag der gezahlten Zinsen	Bestätigung der Zahlung durch oder für die Emittentin

### Teil II

### **TILGUNGEN**

Datum	Insgesamt zahlbarer Kapitalbetrag	Gezahlter Kapitalbetrag	Verbleibender Nennbetrag nach Zahlung*	Bestätigung der Zahlung durch oder für die Emittentin
				_
				-
			-	
				_
				_

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

### Teil III

### KAUF UND ENTWERTUNG

Datum	Nennbetrag der Schuldverschreibungen, die gekauft und entwertet wurden	Verbleibender Nennbetrag nach Kauf und Entwertung*	Bestätigung des Kaufs und der Entwertung durch oder für die Emittentin

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

### Anhang II zur Vorläufigen Inhaberglobalurkunde

### AUSTAUSCH GEGEN DAUER-INHABERGLOBALURKUNDE

Der Austausch dieser Globalurkunde gegen eine Dauer-Inhaberglobalurkunde ist wie folgt teilweise vorgenommen worden:

Datum	Nennbetrag, der gegen eine Dauer-Inhaberglobalurkunde ausgetauscht wurde	Verbleibender Nennbetrag nach dem Austausch*	Vermerk durch oder für die Emittentin

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

#### MiFID II Product Governance / Eligible Counterparties and Professional Clients Only Target Market

Solely for the purposes of the Manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Securities has led to the conclusion that (i) the target market for the Securities is eligible counterparties and professional clients only, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "MiFID II"), each having (1) at least informed knowledge of and/or experience with financial products, (2) a long-term investment horizon, (3) general capital formation/asset optimization as investment objective, (4) no or only minor loss bearing capacity, and (5) a medium risk tolerance; and (ii) all channels for distribution of the Securities to eligible counterparties and professional clients are appropriate. Any person subsequently offering, selling or recommending the Securities (a "Distributor") should take into consideration the Manufacturer's target market assessment; however, a Distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Securities (by either adopting or refining the Manufacturer's target market assessment) and determining appropriate distribution channels.

For the purposes of this provision, the expression "Manufacturer" means the Lead Manager (as set out in PART II. of these Final Terms).

# Produktüberwachung nach MiFID II / Ausschließlicher Zielmarkt geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden

Ausschließlich für die Zwecke des Produktgenehmigungsverfahrens des Konzepteurs hat die Zielmarktbewertung in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu dem Ergebnis geführt, dass (i) der Zielmarkt für die Schuldverschreibungen ausschließlich geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden, wie jeweils in der Richtlinie 2014/65/EU (in der jeweils geltenden Fassung, "MiFID II") definiert, sind, die jeweils (1) über Basiskenntnisse und/oder -erfahrungen mit Finanzprodukten verfügen, (2) einen langfristigen Anlagehorizont besitzen, (3) allgemeine Vermögensbildung/Vermögensoptimierung als Anlageziel verfolgen, (4) keine oder nur eine geringe Verlusttragfähigkeit, sowie (5) eine mittlere Risikotoleranz aufweisen, und (ii) alle Kanäle für den Vertrieb der Schuldverschreibungen an geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden geeignet sind. Jede Person, die die Schuldverschreibungen später anbietet, verkauft oder empfiehlt (ein "Vertreiber"), sollte die Zielmarktbewertung des Konzepteurs berücksichtigen, wobei ein der MiFID II unterliegender Vertreiber jedoch dafür verantwortlich ist, eine eigene Zielmarktbewertung in Bezug auf die Schuldverschreibungen vorzunehmen (entweder durch Übernahme oder Ausarbeitung der Zielmarktbewertung des Konzepteurs) und geeignete Vertriebskanäle festzulegen.

Für die Zwecke dieser Bestimmung gilt als "Konzepteur" der Lead Manager (wie in TEIL II. dieser Endgültigen Bedingungen bestimmt).

15 February 2021 *15. Februar 2021* 

# Final Terms Endgültige Bedingungen

EUR 1,500,000,000 Callable Fixed to Floating Rate Notes of 2021/2032 issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Issuer") pursuant to the

EUR 1.500.000.000 kündbare fest- zu variabel verzinsliche Schuldverschreibungen von 2021/2032 begeben von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "Emittentin") aufgrund des

Euro 80,000,000,000 Euro 80.000.000.000

#### **Debt Issuance Programme**

dated 19 June 2020 vom 19. Juni 2020

of der

### **Deutsche Bank Aktiengesellschaft**

Legal Entitiy Identifier: 7LTWFZYICNSX8D621K86 Rechtsträgerkennung: 7LTWFZYICNSX8D621K86

> Issue Price: 99.842 per cent. Ausgabepreis: 99,842 %

Issue Date: 17 February 2021 Begebungstag: 17. Februar 2021

(the "Securities")
(die "Schuldverschreibungen")

These Final Terms have been prepared for the purpose of Article 8(5) in connection with Article 25(4) of the Prospectus Regulation (the "Prospectus Regulation") and must be read in conjunction with the Securities Note dated 19 June 2020 (including the documents incorporated into the Securities Note by reference) (the "Securities Note"), the Registration Document dated 6 April 2020 (including the documents incorporated into the Registration Document by reference) (the "Registration Document"), pertaining to the Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme of Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Programme") and any supplements relating to information contained in the Securities Note and the Registration Document pursuant to Article 23 of the Prospectus Regulation (including the documents incorporated by reference into the Securities Note and the Registration Document by such supplements). The Securities Note and the Registration Document (and any supplements relating to information contained in these documents) are available in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu/programme/Programme-DeutscheBank/13607) and on the website of the Issuer (www.db.com under "Investor Relations", "Creditor Information", "Prospectuses"). All relevant information on Deutsche Bank Aktiengesellschaft and the Securities is only available on the basis of the combination of the Securities Note, the Registration Document, any supplements relating to information contained in these documents and these Final Terms.

Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 25 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 (die "Prospektverordnung") abgefasst und sind in Verbindung mit der Wertpapierbeschreibung vom 19. Juni 2020 (einschließlich der per Verweis in die Wertpapierbeschreibung einbezogenen Dokumente) (die "Wertpapierbeschreibung") und dem Registrierungsformular vom 6. April 2020 (einschließlich der per Verweis in das Registrierungsformular einbezogenen Dokumente) (das "Registrierungsformular"), die in Bezug auf das Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (das "Programm") erstellt wurden, sowie etwaigen Nachträgen hinsichtlich in der Wertpapierbeschreibung und dem Registrierungsformular enthaltener Informationen gemäß Artikel 23 der Prospektverordnung (einschließlich aller Dokumente, die mittels solcher Nachträge per Verweis in die Wertpapierbeschreibung oder das Registrierungsformular Wertpapierbeschreibung einbezogen wurden) zu lesen. Die das Registrierungsformular (sowie jeder Nachtrag hinsichtlich in diesen Dokumenten enthaltener Informationen) sind elektronischer Internetseite der Luxemburger Form auf der **Börse** (www.bourse.lu/programme/Programme-DeutscheBank/13607) und der Internetseite der **Emittentin** (www.db.com unter "Investoren", "Infos für Fremdkapitalgeber", "Prospekte/Dokumente") verfügbar. Um alle relevanten Informationen zur Deutsche Bank Aktiengesellschaft und den Schuldverschreibungen zu erhalten, sind die Wertpapierbeschreibung, das Registrierungsformular, etwaige Nachträge hinsichtlich in diesen Dokumenten enthaltener Informationen und diese Endgültigen Bedingungen im Zusammenhang zu lesen.

### Part I: Terms and Conditions Teil I: Emissionsbedingungen

The Terms and Conditions applicable to the Securities (the "Conditions") and the non-binding English language translation thereof are as set out below.

Die auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bedingungen (die "**Bedingungen**") sowie die unverbindliche englischsprachige Übersetzung sind nachfolgend aufgeführt.

Diese Serie von Anleihen (die "Schuldverschreibungen") wird gemäß einem Zahlstellenvertrag vom 19. Juni 2020 (einschließlich einer etwaigen geänderten, ergänzten und/oder neu gefassten Fassung dieses Vertrags, das "Agency Agreement") begeben, der unter anderem zwischen Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Emittentin und Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Fiscal Agent und den anderen darin genannten Parteien geschlossen wurde. Kopien des Agency Agreement können kostenfrei bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent, der bezeichneten Geschäftsstelle jeder Zahlstelle sowie der Hauptgeschäftsstelle der Emittentin bezogen werden.

# § 1 WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, BESTIMMTE DEFINITIONEN

- (1) Währung und Stückelung. Diese Serie von Schuldverschreibungen wird von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "Emittentin") in Euro (die "Festgelegte Währung") im Gesamtnennbetrag von Euro 1.500.000.000 (in Worten: Euro eine Milliarde fünfhundert Millionen) in einer Stückelung von Euro 100.000 (die "Festgelegte Stückelung") begeben.
- (2) Form. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) Vorläufige Globalurkunde Austausch.
  - (a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "Vorläufige Globalurkunde") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine verbrieft. Die Vorläufige Globalurkunde wird gegen eine Dauerglobalurkunde (die "Dauerglobalurkunde" und zusammen mit der Vorläufigen Globalurkunde jeweils eine "Globalurkunde") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine ausgetauscht. Die Vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde werden jeweils von oder im Namen der Emittentin unterschrieben und vom oder im Namen des Fiscal Agent jeweils mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.
  - (b) Die Vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "Austauschtag"), der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegt, gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht. Der Austauschtag für einen solchen Austausch darf nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der bzw. die wirtschaftliche(n) Eigentümer (beneficial owner(s)) der durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine US-Person ist bzw. keine US-Personen sind Finanzinstitute oder (ausgenommen bestimmte bestimmte Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine Vorläufige Globalurkunde verbriefte Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt, die Vorläufige Globalurkunde gemäß diesem Unterabsatz (b) dieses Absatzes (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die Vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4(3) definiert) zu liefern.

- (4) Clearing System. Jede Globalurkunde wird von einem oder für ein Clearing System verwahrt, bis, im Fall der Dauerglobalurkunde, sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "Clearing System" bezeichnet: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Deutschland ("CBF") sowie jeden Nachfolger in dieser Eigenschaft.
- (5) Gläubiger der Schuldverschreibungen. "Gläubiger der Schuldverschreibungen" bezeichnet in Bezug auf die bei einem Clearing System oder einer sonstigen zentralen Wertpapierverwahrstelle hinterlegten Schuldverschreibungen jeden Inhaber eines Miteigentumsanteils oder eines anderen vergleichbaren Rechts an den hinterlegten Schuldverschreibungen.
- (6) Bezugnahmen. Bezugnahmen in diesen Bedingungen auf die "Schuldverschreibungen" schließen Bezugnahmen auf jede die Schuldverschreibungen verbriefende Globalurkunde ein, es sei denn, aus dem Zusammenhang ergibt sich etwas anderes. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf die "Emissionsbedingungen" oder die "Bedingungen" verstehen sich als Bezugnahmen auf diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

#### § 2 STATUS

- Zweck der Schuldverschreibungen ist es, der Emittentin als berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 72a und 72b Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in ihrer jeweils ergänzten oder geänderten Fassung (Capital Requirements Regulation "CRR") im Rahmen der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu dienen.
- (2) Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin aus nicht bevorrechtigten Schuldtiteln im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG oder einer Nachfolgebestimmung. Die Verbindlichkeiten stehen untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten aus nicht bevorrechtigten Schuldtiteln der Emittentin im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder einer Nachfolgebestimmung im gleichen Rang.
  - In Einklang mit § 46f Abs. 5 KWG gehen im Fall von Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Emittentin oder im Fall der Auflösung, der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin oder eines Vergleichs oder eines anderen der Abwendung der Insolvenz der Emittentin dienenden Verfahrens gegen die Emittentin die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen den nicht nachrangigen Ansprüchen von dritten Gläubigern der Emittentin, die keine Verbindlichkeiten im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder gemäß einer Nachfolgebestimmung sind, im Rang nach; diese Ansprüche umfassen berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 72b Abs. 2 CRR, bei denen Buchstabe d) nicht einschlägig ist. In einem solchen Fall erfolgen Zahlungen auf die Schuldverschreibungen so lange nicht, wie die nicht nachrangigen Ansprüche dieser dritten Gläubiger der Emittentin nicht vollständig befriedigt sind.
- (3) In Einklang mit § 10 Abs. 5 KWG ist die Aufrechnung von Forderungen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ausgeschlossen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen zu keinem Zeitpunkt eine Sicherheit oder Garantie gestellt; bereits gestellte oder zukünftig gestellte Sicherheiten oder Garantien im Zusammenhang mit anderen Verbindlichkeiten der Emittentin haften nicht für Forderungen aus den Schuldverschreibungen.
- (4) Nachträglich können der Rang der Verbindlichkeiten gemäß § 2(2) nicht verbessert sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine Rückzahlung, ein Rückkauf oder eine Kündigung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit ist nur mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zulässig. Werden die Schuldverschreibungen (i) unter anderen als den in § 2(2) beschriebenen Umständen oder (ii) anders als infolge einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs nach Maßgabe dieser Bedingungen zurückgezahlt

oder von der Emittentin zurückerworben, so ist der gezahlte Betrag der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.

#### § 3 ZINSEN

(1) Zinsfeststellung und Zinsperioden. Jede Schuldverschreibung wird ab dem 17. Februar 2021 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") bis zum 17. Februar 2031 (der "Zinswechseltag") (ausschließlich) mit dem Zinssatz I verzinst. Jede Schuldverschreibung wird ab dem Zinswechseltag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (ausschließlich) mit dem Zinssatz II verzinst.

"Zinssatz I" bezeichnet 1,375 % per annum.

"Zinssatz II" bezeichnet den Referenzsatz zuzüglich 1,50 % per annum (die "Marge").

Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode ist der für diese Zinsperiode maßgebliche Zinssatz I bzw. Zinssatz II.

Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode I und jede Zinsperiode II, wobei jede dieser Perioden eine "Zinsperiode" darstellt.

"Zinsperiode I" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag I (ausschließlich) und danach bis zum Zinswechseltag (ausschließlich) jeweils von einem Zinszahltag I (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag I (ausschließlich).

"Zinsperiode II" bezeichnet den Zeitraum vom Zinswechseltag (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag II (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag II (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag II (ausschließlich). Falls es in dem Kalendermonat, in den ein Zinszahltag II fallen sollte, keine numerische Entsprechung für diesen Tag gibt oder ein Zinszahltag II ansonsten auf einen Tag fallen würde, der kein Geschäftstag ist, wird der Zinszahltag II auf den nächsten Tag verschoben, der ein Geschäftstag ist, es sei denn, er würde dadurch in den folgenden Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahltag II auf den unmittelbar vorangegangenen Geschäftstag vorgezogen (Modifizierte Folgender-Geschäftstag-Konvention).

- (2) Zinszahltage.
  - (a) Bis zum Zinswechseltag (einschließlich) erfolgen Zinszahlungen nachträglich am 17. Februar eines jeden Jahres, beginnend mit dem 17. Februar 2022 (jeweils ein "**Zinszahltag I**").
  - (b) Ab dem Zinswechseltag bis zum Fälligkeitstag (einschließlich) erfolgen Zinszahlungen vierteljährlich nachträglich am 17. Mai 2031, 17. August 2031, 17. November 2031 und 17. Februar 2032 (jeweils ein "Zinszahltag II").
- (3)Auflaufende Zinsen. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber Schadensersatzansprüche nicht aus).

### (4) Zinsbetrag.

- (a) Der an jedem Zinszahltag I zahlbare Zinsbetrag für die Zinsperiode I, die an diesem Zinszahltag I (ausschließlich) endet, beträgt Euro 1.375 ("Zinsbetrag I") je Schuldverschreibung.
- (b) Der an jedem Zinszahltag II zahlbare Zinsbetrag für eine Zinsperiode II ("Zinsbetrag II") ist in Bezug auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ein Betrag, dessen Berechnung durch Anwendung des Zinssatzes II und des Zinstagequotienten II (wie nachstehend definiert) auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen, der durch die Globalurkunde verbrieft ist, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung erfolgt, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet oder eine andere marktübliche Rundungsregel angewandt wird.
- (5) Berechnungen und Feststellungen. Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.
- (6) Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag. Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz II und jeder Zinsbetrag II für eine jede Zinsperiode II der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag II und der mitgeteilte Zinssatz II ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 mitgeteilt.
- (7) Verbindlichkeit der Feststellungen. Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle, einem Unabhängigen Berater oder der Emittentin für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.
- (8) Zinssatz-Ersetzung. Im Falle, dass die Emittentin feststellt, dass an oder vor einem Zinsfestlegungstag (der "Maßgebliche Zinsfestlegungstag") ein Zinssatz-Ersetzungsgrund in Bezug auf einen Variablen Zinssatz eingetreten ist, hat die Maßgebliche Festlegende Stelle, falls sie gegenüber der Emittentin den Eintritt dieses Zinssatz-Ersetzungsgrunds bestätigt (sofern es sich bei der Maßgeblichen Festlegenden Stelle nicht um die Emittentin handelt), nach ihrem billigen Ermessen (i) einen Ersatzzinssatz für den maßgeblichen Variablen Zinssatz und (ii) Ersatzzinssatz-Anpassungen festzulegen und ihre Festlegungen der Emittentin und der Berechnungsstelle (sofern es sich bei diesen jeweils nicht um die Maßgebliche Festlegende Stelle handelt) unverzüglich mitzuteilen.

Der (etwaige) in dieser Weise festgelegte Ersatzzinssatz ersetzt, unter Anwendung der Anpassungsspanne gemäß den Bestimmungen dieser Bedingungen, den maßgeblichen Variablen Zinssatz, und die Bedingungen gelten des Weiteren für die Zwecke der Festlegung des Zinssatzes jeweils für die Zinsperiode in Bezug auf den Zinsfestlegungstag, der auf den Ersatzzinssatz-Festlegungstag fällt oder, falls auf diesen Tag kein Zinsfestlegungstag fällt, der unmittelbar auf den Tag des Ersatzzinssatz-Festlegungstags folgt, sowie jede nachfolgende Zinsperiode als durch die in dieser Weise festgelegten Ersatzzinssatz-Anpassungen abgeändert (vorbehaltlich des nachfolgenden Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrunds in Bezug auf den Ersatzzinssatz). Die Emittentin wird den Gläubigern der Schuldverschreibungen so bald wie möglich nach dem Ersatzzinssatz-Festlegungstag den Ersatzzinssatz sowie die Ersatzzinssatz-Anpassungen durch Mitteilung gemäß § 12 mitteilen und das Clearing System auffordern, der Globalurkunde die vorgelegten Dokumente in geeigneter Weise

beizufügen, um die Änderung der Bedingungen zu berücksichtigen.

Im Falle, dass ein Ersatzzinssatz, eine etwaige erforderliche Anpassungspanne und jedwede sonstigen maßgeblichen Ersatzzinssatz-Anpassungen nicht in Einklang mit den vorstehenden Bestimmungen festgelegt werden, kann die Emittentin durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen mit einer Frist von nicht weniger als 15 Geschäftstagen gemäß § 12 und vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde bis zum Zinsfestlegungstag (ausschließlich), der unmittelbar auf den Maßgeblichen Zinsfestlegungstag folgt, die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, zum Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einschließlich etwaiger bis zum Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen. Werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen zurückgezahlt, so finden die Bestimmungen dieses § 3(8) in Bezug auf den unmittelbar folgenden Zinsfestlegungstag erneut Anwendung.

(9) Begriffsbestimmungen. Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Anpassungsspanne" bezeichnet eine Spanne (die positiv oder negativ sein kein) oder die Formel oder Methodik zur Berechnung einer Spanne, der bzw. die nach Festlegung der Maßgeblichen Festlegenden Stelle in Bezug auf den maßgeblichen Ersatzzinssatz anzuwenden ist, um eine Übertragung von wirtschaftlichem Wert zwischen der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen soweit als mit vertretbarem Aufwand möglich zu verringern oder zu beseitigen, die eine Ersetzung des maßgeblichen Variablen Zinssatzes durch den Ersatzzinssatz ansonsten auslösen würde.

"Bildschirmseite" bezeichnet Reuters-Seiter EURIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgeseite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes als Informationsanbieter benannt wird.

"Ersatzzinssatz" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen Ersatz-, Alternativ- oder Nachfolgezinssatz (welcher auch, ohne Beschränkung hierauf, der Variable Zinssatz nach einer wesentlichen Änderung seiner Berechnungsmethodik sein kann), der mit Blick auf seine Funktion in den internationalen Kapitalmärkten einen geeigneten Ersatz für den Variablen Zinssatz darstellt. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Anpassungen" bezeichnet (a) solche Anpassungen der Bedingungen, die die Maßgebliche Festlegende Stelle nach ihrem billigen Ermessen festlegt, um der Anwendung des jeweiligen Ersatzzinssatzes Rechnung zu tragen (wobei diese, ohne Beschränkung hierauf, Anpassungen der geltenden Geschäftstagskonvention, der Definition von Geschäftstag, des Zinsfestlegungstages (der auf eine Zeit vor, während oder nach der Zinsperiode verschoben werden kann), des Zinstagequotienten, jeder Methodik oder Definition zum Erhalt oder zur Berechnung des Ersatzzinssatzes umfassen können) und (b) jede Anpassungsspanne, die auf den betreffenden Ersatzzinssatz Anwendung findet. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Festlegungstag" bezeichnet den ersten Tag, zu dem sowohl der jeweilige Ersatzzinssatz als auch etwaige maßgebliche Ersatzzinssatz-Anpassungen von der Maßgeblichen Festlegenden Stelle festgelegt sind.

"Festgelegte Endfälligkeit" bezeichnet drei Monate.

"Geschäftstag" bezeichnet einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Gross Settlement (TARGET2) System geöffnet ist.

"Maßgebliche Festlegende Stelle" bezeichnet in Bezug auf die (etwaige) Bestätigung des Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes und die Festlegung eines Ersatzzinssatzes sowie maßgeblicher Ersatzzinssatz-Anpassungen die Berechnungsstelle oder einen Unabhängigen Berater, die bzw. den

die Emittentin nach der Feststellung eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes mit diesen Feststellungen bzw. Festlegungen jeweils beauftragt, wobei im Falle, dass weder die Berechnungsstelle noch anderenfalls ein Unabhängiger Berater unter Aufwendung zumutbarer Anstrengungen zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen beauftragt werden kann, die Maßgebliche Festlegende Stelle die Emittentin ist, und wobei weiter gilt, dass im Falle, dass die Emittentin einen Unabhängigen Berater mit der Festlegung eines dem Ersatzzinssatz entsprechenden Zinssatzes sowie den Ersatzzinssatz-Anpassungen entsprechenden Anpassungen in Bezug auf sonstige Wertpapiere der Emittentin beauftragt hat und die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen feststellt, dass diese Festlegungen als Ersatzzinssatz und Ersatzzinssatz-Anpassungen für die Schuldverschreibungen geeignet sind, die Emittentin nach ihrer Wahl die Maßgebliche Festlegende Stelle sein kann.

"Maßgebliche Leitlinien" bezeichnet (i) alle gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Erfordernisse, die auf die Schuldverschreibungen oder die Emittentin Anwendung finden, oder, falls keine solchen bestehen, (ii) alle anwendbaren Erfordernisse, Empfehlungen oder Leitlinien einer Maßgeblichen Nominierungsstelle oder, falls keine solchen bestehen, (iii) alle maßgeblichen Empfehlungen oder Leitlinien von Branchenverbänden (einschließlich der International Swaps and Derivatives Association, Inc.) oder, falls keine solchen bestehen, (iv) alle einschlägigen Marktpraktiken.

#### "Maßgebliche Nominierungsstelle" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz:

- (a) die Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung oder eine Zentralbank oder sonstige Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes unterstellt ist; oder
- (b) eine Arbeitsgruppe oder einen Ausschuss, die bzw. der von (i) der Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung, (ii) einer Zentralbank oder sonstigen Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes untersteht, (iii) einer Gruppe der vorgenannten Zentralbanken oder sonstiger Aufsichtsbehörden oder (iv) dem Rat für Finanzstabilität (*Financial Stability Board*) oder einem Teil davon offiziell unterstützt oder gesponsert wird oder die bzw. der durch eine dieser Stellen oder Gruppen einberufen wird oder bei der bzw. dem eine solche den Vorsitz oder gemeinsamen Vorsitz führt.

"Maßgebliche Zinssatzwährung" bezeichnet die Währung, auf den sich der maßgebliche Variable Zinssatz bezieht.

Der "Referenzsatz" entspricht dem Satz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit, der um 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-EURIBOR) (der "Variable Zinssatz") oder, wenn die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung steht oder zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt wird, dem in Bezug auf den letzten vorangegangenen Zinsfestlegungstag angewandten Variablen Zinssatz oder falls es einen solchen nicht gab, dem in Bezug auf die letzte vorangegangene Zinsperiode angewandten Zinssatz.

"Unabhängiger Berater" bezeichnet ein unabhängiges, international anerkanntes Finanzinstitut oder einen anderweitig anerkannten unabhängigen Berater mit angemessener Qualifikation.

"Zinsbetrag" bezeichnet Zinsbetrag I beziehungsweise Zinsbetrag II.

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den zweiten Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode II.

"Zinssatz-Ersetzungsgrund" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen der folgenden Umstände:

(a) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass er die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum

bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt;

- (b) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass eine wesentliche Änderung in der Berechnungsmethodik für den Variablen Zinssatz eingetreten ist oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums eintreten wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist;
- (c) die für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Aufsichtsbehörde, die Zentralbank der Maßgeblichen Zinssatzwährung, ein für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständiger Insolvenzverwalter, eine für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Abwicklungsbehörde oder ein Gericht oder eine Stelle mit ähnlicher Zuständigkeit im Falle der Insolvenz oder Abwicklung des Administrators des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass der Administrator des Variablen Zinssatzes die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt; oder
- (d) es erfolgt eine Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12, dass die Verwendung des Variablen Zinssatzes für die Emittentin im Rahmen der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen oder aufsichtsrechtlicher Erfordernisse (einschließlich der EU-Benchmark-Verordnung (Verordnung (EU) 2016/1011) in der jeweils geltenden Fassung) nicht länger zulässig ist.

"Zinstagequotient" bezeichnet Zinstagequotient I beziehungsweise Zinstagequotient II.

"Zinstagequotient I" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode I und in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum") die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode.

"Zinstagequotient II" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode II und in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen Zinsberechnungszeitraum die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.

### § 4 ZAHLUNGEN

- (1) (a) Zahlungen auf Kapital. Zahlungen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent außerhalb der Vereinigten Staaten.
  - (b) Zahlung von Zinsen. Die Zahlung von Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1(3)(b).

(2) Zahlungsweise. Vorbehaltlich geltender steuerlicher oder sonstiger gesetzlicher Regelungen und

Vorschriften erfolgen auf die Schuldverschreibungen fällige Zahlungen in Euro.

- (3) Vereinigte Staaten. "Vereinigte Staaten" bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Besitzungen (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guams, American Samoas, Wake Islands und der Northern Mariana Islands).
- (4) Erfüllung. Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order in Höhe des gezahlten Betrags von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- (5) Zahlungsgeschäftstag. Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahlungsgeschäftstag ist, dann hat der Gläubiger der Schuldverschreibungen keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahlungsgeschäftstag und ist auch nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.
  - In diesem Zusammenhang bezeichnet "**Zahlungsgeschäftstag**" einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System geöffnet sind und Zahlungen abwickeln.
- (6) Bezugnahmen auf Kapital. In diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahmen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen schließen, soweit zutreffend, folgende Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, den Wahlrückzahlungsbetrag (Call) sowie jeden Aufschlag und alle sonstigen auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen gegebenenfalls zahlbaren Beträge.
- (7) Hinterlegung von Kapital und Zinsen. Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Kapital- oder Zinsbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern der Schuldverschreibungen nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem jeweiligen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger der Schuldverschreibungen sich nicht in Annahmeverzug befinden. Wenn und soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen gegen die Emittentin.

#### § 5 RÜCKZAHLUNG

- (1) Rückzahlung bei Fälligkeit. Soweit nicht bereits zuvor zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet, wird jede Schuldverschreibung zu ihrem Nennbetrag (der "Rückzahlungsbetrag") am in den Februar 2032 fallenden Zinszahltag (der "Fälligkeitstag") zurückgezahlt.
- (2) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.
  - (a) Die Emittentin kann nach einer Kündigung gemäß Unterabsatz (b) die zum jeweiligen Zeitpunkt ausstehenden Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise am Wahlrückzahlungstag (Call) zum Wahlrückzahlungsbetrag (Call), wie nachstehend angegeben, nebst etwaigen bis zum jeweiligen Wahlrückzahlungstag (Call) (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen.

Wahlrückzahlungstag (Call): Wahlrückzahlungsbetrag (Call):

17. Februar 2031 Rückzahlungsbetrag

Die Ausübung dieses Wahlrechts der Emittentin ist von der vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde abhängig.

(b) Die Kündigung ist den Gläubigern der Schuldverschreibungen durch die Emittentin gemäß § 12 bekannt zu geben. Sie beinhaltet die folgenden Angaben:

- (i) Name und Kennnummern der Schuldverschreibungen,
- (ii) eine Erklärung, ob alle oder nur einige der Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden, und im letzteren Fall den Gesamtnennbetrag der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen,
- (iii) den Wahlrückzahlungstag (Call), der nicht weniger als fünf Geschäftstage und nicht mehr als sechzig Geschäftstage nach dem Tag der Kündigung durch die Emittentin gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen liegen darf, und
- (iv) den Wahlrückzahlungsbetrag (Call), zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden.
- (c) Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die betreffenden Schuldverschreibungen frühestens 30 Tage vor dem Wahlrückzahlungstag (Call) in Übereinstimmung mit den Regeln des betreffenden Clearing Systems ausgewählt, wobei dies in den Unterlagen dieses Clearing Systems nach dessen Ermessen entweder als so genannter "pool factor" oder als Reduzierung des Nennbetrags zu vermerken ist.
- (3) Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag. Der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung (der "Vorzeitige Rückzahlungsbetrag") entspricht dem Nennbetrag.

### § 6 BEAUFTRAGTE STELLEN

(1) Bestellung. Der Fiscal Agent und die Zahlstelle (die "Beauftragten Stellen" und jede eine "Beauftragte Stelle") und ihre jeweiligen Geschäftsstellen sind:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

**Trust & Agency Services** 

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Deutschland

(der "Fiscal Agent")

Zahlstelle: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Deutschland

(die " Zahlstelle")

Der Fiscal Agent handelt auch als Berechnungsstelle (die "Berechnungsstelle").

Jede Beauftragte Stelle behält sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweiligen Geschäftsstellen durch eine andere Geschäftsstelle zu ersetzen.

Änderung der Bestellung oder Abberufung. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung des Fiscal Agent, der Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und einen anderen Fiscal Agent oder eine andere oder zusätzliche Zahlstellen oder eine andere Berechnungsstelle zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (a) einen Fiscal Agent, (b) solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind, eine Zahlstelle (die der Fiscal Agent sein kann) mit einer Geschäftsstelle an einem solchen Ort, wie nach den Regeln der Börse oder den Vorschriften einer anderen maßgeblichen Behörde verlangt, und (c) eine Berechnungsstelle unterhalten. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung

oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem diese bzw. dieser sofort wirksam wird), sofern dies den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und höchstens 45 Tagen vorab mitgeteilt worden ist.

(3) Beauftragte der Emittentin. Jede Beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen, und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und diesen Gläubigern begründet.

#### § 7 STEUERN

Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder staatlichen Gebühren gleich welcher Art, die im Wege des Abzugs oder Einbehalts erhoben oder eingezogen werden, gezahlt, falls ein solcher Abzug oder Einbehalt gesetzlich vorgeschrieben ist (unter anderem gemäß einer in Sections 1471 bis 1474 des US-Bundessteuergesetzes (*United States Internal Revenue Code*) von 1986 (the "IRC"), sämtlicher darunter erlassenen Vorschriften oder Vereinbarungen, einschließlich einer Vereinbarung gemäß Section 1471(b) IRC, oder offiziellen Auslegungen dieser Bestimmungen ("FATCA") oder nach Maßgabe eines Gesetzes zur Umsetzung einer zwischenstaatlichen Vereinbarung in Bezug auf FATCA).

# § 8 VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre abgekürzt.

### § 9 ABWICKLUNGSMAßNAHMEN

- (1) Nach den für die Emittentin geltenden Abwicklungsvorschriften unterliegen die Schuldverschreibungen den Befugnissen der zuständigen Behörde,
  - (a) Ansprüche auf Zahlungen auf Kapital, von Zinsen oder sonstigen Beträgen ganz oder teilweise herabzuschreiben.
  - (b) diese Ansprüche in Anteile oder sonstige Instrumente des harten Kernkapitals (i) der Emittentin, (ii) eines gruppenangehörigen Unternehmens oder (iii) eines Brückeninstituts umzuwandeln und solche Instrumente an die Gläubiger auszugeben oder zu übertragen, und/oder
  - (c) sonstige Abwicklungsmaßnahmen anzuwenden, einschließlich (ohne Beschränkung) (i) einer Übertragung der Schuldverschreibungen auf einen anderen Rechtsträger, (ii) einer Änderung der Bedingungen der Schuldverschreibungen oder (iii) deren Löschung;

(jede eine "Abwicklungsmaßnahme").

- (2) Abwicklungsmaßnahmen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, sind für die Gläubiger der Schuldverschreibungen verbindlich. Aufgrund einer Abwicklungsmaßnahme bestehen keine Ansprüche oder andere Rechte gegen die Emittentin. Insbesondere stellt die Anordnung einer Abwicklungsmaßnahme keinen Kündigungsgrund dar.
- (3) Dieser § 9 regelt ungeachtet anderslautender Vereinbarungen die hier beschriebenen Inhalte abschließend. Mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen werden die in diesem § 9 beschriebenen Bedingungen akzeptiert.

### § 10 ERSETZUNG DER EMITTENTIN

- (1) Ersetzung. Die Emittentin (oder eine Gesellschaft, durch die diese zuvor bereits ersetzt wurde) ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen Verzug befindet, ohne Zustimmung der in Gläubiger der Schuldverschreibungen eine andere Gesellschaft an ihrer Stelle als Hauptschuldnerin (die "Nachfolgeschuldnerin") für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen einzusetzen, sofern
  - (a) die Nachfolgeschuldnerin alle Zahlungsverpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt,
  - (b) die Nachfolgeschuldnerin alle erforderlichen Zustimmungen eingeholt hat und berechtigt ist, an den Fiscal Agent die zur Erfüllung der Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen erforderlichen Beträge in der hierin festgelegten Währung zu zahlen,
  - (c) die Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge garantiert, und die Forderungen aus der Garantie den gleichen Rang haben wie die Forderungen aus den Schuldverschreibungen,
  - (d) die Anwendbarkeit der in § 9 beschriebenen Abwicklungsmaßnahmen gewährleistet ist, und
  - (e) eine Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zur Ersetzung vorliegt.

Die Emittentin ist berechtigt, die Niederlassung, durch die sie für die Zwecke dieser Schuldverschreibungen tätig ist, durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12 zu ändern, wobei in dieser Mitteilung der Tag dieser Änderung anzugeben ist und keine Änderung ohne eine entsprechende vorherige Mitteilung vorgenommen werden kann.

- (2) Mitteilung. Jede Ersetzungsmitteilung ist gemäß § 12 zu veröffentlichen.
- (3) Änderung von Bezugnahmen. Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Bedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf den Staat, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf den Staat, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

# § 11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

- (1) Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne die Zustimmung der Gläubiger der Schuldverschreibungen weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (oder gegebenenfalls mit gleicher Ausstattung mit Ausnahme des Begebungstags, des Betrags und des Tages der ersten Zinszahlung und/oder des Beginns des Zinslaufs) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) Rückkauf und Entwertung. Die Emittentin ist berechtigt, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zurückzukaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder zur Entwertung beim Fiscal Agent eingereicht werden.

### § 12 MITTEILUNGEN

(1) Veröffentlichung. Vorbehaltlich der Bestimmungen des nachstehenden Absatzes (2) sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Jede derartige Mitteilung gilt am dritten Tag nach dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am dritten Tag nach dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

Wenn und solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind und soweit die Regeln der Luxemburger Börse dies verlangen, sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen auch in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) zu veröffentlichen.

(2) Mitteilung an das Clearing System. Die Emittentin kann alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen übermitteln. Eine solche Mitteilung an das Clearing System ersetzt die Veröffentlichung nach vorstehendem Absatz (1), sofern die Veröffentlichung von Mitteilungen gemäß Absatz (1) rechtlich (einschließlich aufgrund anwendbarer Börsenregeln) nicht erforderlich ist. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag, an dem diese Mitteilung an das maßgebliche Clearing System erfolgt ist, als den Gläubigern der Schuldverschreibungen mitgeteilt.

### § 13 VERSAMMLUNGEN DER GLÄUBIGER DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

- (1) Beschlussgegenstände. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz durch Mehrheitsbeschluss die Emissionsbedingungen ändern, einen gemeinsamen Vertreter aller Gläubiger der Schuldverschreibungen bestellen und über alle anderen gesetzlich zugelassenen Beschlussgegenstände beschließen.
- (2) Mehrheitserfordernisse für Änderungen der Bedingungen. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen entscheiden mit einer Mehrheit von 75 % (Qualifizierte Mehrheit) der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte über wesentliche Änderungen der Bedingungen, insbesondere die in § 5(3) Schuldverschreibungsgesetz aufgeführten Maßnahmen. Beschlüsse, durch die der wesentliche Inhalt der Bedingungen nicht geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit von mindestens 50 % der teilnehmenden Stimmrechte. Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen nimmt an Abstimmungen nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.
- (3) Beschlussfassung. Beschlüsse der Gläubiger der Schuldverschreibungen werden im Wege einer Abstimmung ohne Versammlung nach § 18 Schuldverschreibungsgesetz getroffen.
- (4) Nachweise. Gläubiger der Schuldverschreibungen haben die Berechtigung zur Teilnahme an der Abstimmung zum Zeitpunkt der Stimmabgabe durch besonderen Nachweis der Depotbank gemäß § 14(3)(i) dieser Bedingungen und die Vorlage eines Sperrvermerks der Depotbank, der für den Abstimmungszeitraum gilt, nachzuweisen.
- (5) Gemeinsamer Vertreter. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter (der "Gemeinsame Vertreter") für alle Gläubiger bestellen oder diesen abberufen, die Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Vertreters festlegen, Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen auf den Gemeinsamen Vertreter übertragen und die Beschränkung der Haftung des Gemeinsamen Vertreters bestimmen. Die Bestellung eines Gemeinsamen Vertreters bedarf einer Qualifizierten Mehrheit (siehe vorstehenden Absatz (2)), wenn er ermächtigt wird, wesentlichen Änderungen der Bedingungen zuzustimmen.

# § 14 ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

- (1) Anwendbares Recht. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger der Schuldverschreibungen und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.
- (2) Gerichtsstand. Nicht ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Klagen und sonstige Verfahren ("Rechtsstreit") ist Frankfurt am Main.
- (3) Gerichtliche Geltendmachung. Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen:
  - (i) indem er eine Bescheinigung der Depotbank beibringt, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche
    - den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers der Schuldverschreibungen enthält,
    - (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die zum Datum der Bescheinigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind, und
    - (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem maßgeblichen Clearing System eine schriftliche Erklärung bezüglich der Absicht des Gläubigers der Schuldverschreibungen, seine Ansprüche unmittelbar geltend zu machen, abgegeben hat, (A) die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält, (B) deren Empfang vom Clearing System bestätigt wurde, und (C) die vom Clearing System an die Depotbank zurückgeschickt wurde, und
  - (ii) indem er eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde beibringt, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre.

Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die in dem Land, in dem der Rechtsstreit geführt wird, prozessual zulässig ist.

#### § 15 SPRACHE

Diese Bedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

This Series of Notes (the "Securities") is issued pursuant to an Agency Agreement dated 19 June 2020 (as such agreement may be amended and/or supplemented and/or restated from time to time, the "Agency Agreement") between, *inter alia*, Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Issuer and Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Fiscal Agent and the other parties named therein. Copies of the Agency Agreement may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent, at the specified office of any Paying Agent and at the head office of the Issuer.

# § 1 CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

- (1) Currency and Denomination. This Series of Securities is issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Issuer") in Euro (the "Specified Currency") in the aggregate principal amount of Euro 1,500,000,000 (in words: Euro one billion five hundred million) in a denomination of Euro 100,000 (the "Specified Denomination").
- (2) Form. The Securities are being issued in bearer form.
- (3) Temporary Global Security Exchange.
  - (a) The Securities are initially represented by a temporary global security (the "Temporary Global Security") without coupons or receipts. The Temporary Global Security will be exchangeable for a permanent global security (the "Permanent Global Security", and together with the Temporary Global Security, the "Global Securities" and each a "Global Security") without interest coupons or receipts. The Temporary Global Security and the Permanent Global Security shall be signed by or on behalf of the Issuer and shall be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent with a control signature. Definitive Securities and interest coupons will not be issued.
  - (b) The Temporary Global Security shall be exchanged for the Permanent Global Security on a date (the "Exchange Date") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Security. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Security. Such exchange shall only be made to the extent that certifications have been delivered to the effect that the beneficial owner or owners of the Securities represented by the Temporary Global Security is not a U.S. person or are not U.S. persons (other than certain financial institutions or certain persons holding Securities through such financial institutions). Payments of interest on Securities represented by a Temporary Global Security will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Security will be treated as a request to exchange the Temporary Global Security pursuant to this sub-paragraph (b) of this paragraph (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Security shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4(3)).
- (4) Clearing System. Each Global Security will be kept in custody by or on behalf of a Clearing System until, in case of the Permanent Global Security, all obligations of the Issuer under the Securities have been satisfied. "Clearing System" means the following: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Germany ("CBF") and any successor in such capacity.
- (5) Securityholder. "Securityholder" means, in respect of Securities deposited with any Clearing System or other central securities depositary, any holder of a proportionate co-ownership interest or another comparable right in the Securities so deposited.
- (6) References. References in these Conditions to the "**Securities**" include (unless the context otherwise requires) references to any global security representing the Securities. References herein to "**Terms**

and Conditions" or "Conditions" shall be references to these Terms and Conditions of the Securities.

#### § 2 STATUS

- (1) The Securities are intended to qualify as eligible liabilities within the meaning of Articles 72a and 72b(2) of Regulation (EU) No. 575/2013 as supplemented or amended from time to time (Capital Requirements Regulation, "CRR") for the minimum requirement for own funds and eligible liabilities of the Issuer.
- (2) The obligations under the Securities constitute unsecured and unsubordinated non-preferred obligations of the Issuer under debt instruments within the meaning of § 46f(6) sentence 1 of the German Banking Act (*Kreditwesengesetz*, "**KWG**") (*Schuldtitel*) or any successor provision. The obligations rank *pari passu* among themselves and with all other unsecured and unsubordinated non-preferred obligations under debt instruments of the Issuer within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision.

In accordance with § 46f(5) KWG, in the event of resolution measures being imposed on the Issuer or in the event of the dissolution, liquidation, insolvency, composition or other proceedings for the avoidance of insolvency of, or against the Issuer, the obligations under the Securities shall rank behind the claims of unsubordinated creditors of the Issuer not qualifying as obligations within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision; this includes eligible liabilities within the meaning of Article 72b(2) CRR where point (d) of such Article does not apply. In any such event, no amounts shall be payable in respect of the Securities until the claims of such other unsubordinated creditors of the Issuer have been satisfied in full.

- (3) In accordance with § 10(5) KWG, no Securityholder may set off its claims arising under the Securities against any claims of the Issuer. No collateral or guarantee shall be provided at any time to secure claims of the Securityholders under the Securities; any collateral or guarantee already provided or granted in the future in connection with other liabilities of the Issuer may not be used for claims under the Securities.
- (4) No subsequent agreement may enhance the seniority of the obligations pursuant to § 2(2) or shorten the term of the Securities or any applicable notice period. Any redemption, repurchase or termination of the Securities prior to their scheduled maturity is subject to the prior approval of the competent authority. If the Securities are redeemed or repurchased otherwise than (i) in the circumstances described in § 2(2) or (ii) as a result of a redemption or repurchase as set forth in the Conditions, then the amounts paid must be returned to the Issuer irrespective of any agreement to the contrary.

#### § 3 INTEREST

(1) Determination of Interest and Interest Periods. Each Security bears interest from (and including) 17 February 2021 (the "Interest Commencement Date") to (but excluding) 17 February 2031 (the "Interest Rate Change Date") at the Rate of Interest I. Each Security bears interest from (and including) the Interest Rate Change Date to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) at the Rate of Interest II.

"Rate of Interest I" means 1.375 per cent. per annum.

"Rate of Interest II" means the Reference Rate plus 1.50 per cent. per annum (the "Margin").

The rate of interest (the "Rate of Interest") for each Interest Period shall be the relevant Rate of Interest I or Rate of Interest II, as applicable, for such Interest Period.

Interest will accrue in respect of each Rate of Interest I Period and each Rate of Interest II Period and

each such period will constitute an "Interest Period".

"Rate of Interest I Period" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date I and thereafter from (and including) each Interest Payment Date I to (but excluding) the next following Interest Payment Date I to (but excluding) the Interest Rate Change Date.

"Rate of Interest II Period" means the period from (and including) the Interest Rate Change Date to (but excluding) the first Interest Payment Date II and thereafter from (and including) each Interest Payment Date II to (but excluding) the next following Interest Payment Date II. If there is no numerically corresponding day in the calendar month in which an Interest Payment Date II should occur or if any Interest Payment Date II would otherwise fall on a day which is not a Business Day, then such Interest Payment Date II shall be postponed to the next day which is a Business Day unless it would thereby fall into the next calendar month, in which event such Interest Payment Date II shall be brought forward to the immediately preceding Business Day (Modified Following Business Day Convention).

- (2) Interest Payment Dates.
  - (a) Up to (and including) the Interest Rate Change Date interest will be payable in arrear on 17 February in each year, commencing on 17 February 2022 (each such date, an "Interest Payment Date I").
  - (b) From the Interest Rate Change Date and up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) interest will be payable quarterly in arrear on 17 May 2031, 17 August 2031, 17 November 2031 and 17 February 2032 (each such date, an "Interest Payment Date II").
- (3) Accrual of Interest. The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem each Security when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of such Security from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch) and does not preclude claims for damages if these are higher).
- (4) Interest Amount.
  - (a) The amount of interest payable on each Interest Payment Date I in respect of the Rate of Interest I Period ending on (but excluding) such Interest Payment Date I, will amount to Euro 1,375 (the "Interest Amount I") per Security.
  - (b) The amount of interest payable on each Interest Payment Date II in respect of a Rate of Interest II Period ("Interest Amount II") will amount in respect of the aggregate outstanding principal amount of the Securities to an amount calculated by applying the Rate of Interest II and the Day Count Fraction II (as defined below) to the aggregate outstanding principal amount of the Securities represented by the Global Security and rounding the resultant figure to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards or otherwise in accordance with applicable market convention.
- (5) Calculations and Determinations. Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) Notification of Rate of Interest and Interest Amount. The Calculation Agent will cause Rate of Interest II and each Interest Amount II for each Interest Period II to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 and if required by the rules of any stock exchange

on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount II and Rate of Interest II so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the relevant Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any relevant Clearing System, any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12.

- (7) Determinations Binding. All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent, any Independent Adviser or the Issuer shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) Rate Replacement. If the Issuer determines that a Rate Replacement Event has occurred in respect of a Floating Rate on or prior to an Interest Determination Day (the "Relevant Interest Determination Day"), the Relevant Determining Party shall, provided that it confirms the occurrence of such Rate Replacement Event to the Issuer (where the Relevant Determining Party is not the Issuer), determine in its reasonable discretion (i) a Replacement Rate for the relevant Floating Rate and (ii) Replacement Rate Adjustments and promptly inform the Issuer and the Calculation Agent (in each case if not the Relevant Determining Party) of its determinations.

The Replacement Rate (if any) so determined, subject to the application of the Adjustment Spread as set out herein, shall replace the relevant Floating Rate and these Conditions shall be furthermore modified by the Replacement Rate Adjustments so determined for the purposes of determining the Rate of Interest in each case for the Interest Period related to the Interest Determination Day falling on or, if none, immediately following the Replacement Rate Determination Date and each Interest Period thereafter (subject to the subsequent occurrence of a Rate Replacement Event in respect of the Replacement Rate). The Issuer shall give notice to the Securityholders in accordance with § 12 of the Replacement Rate and the Replacement Rate Adjustments as soon as practicable after the Replacement Rate Determination Date and shall request the Clearing System to attach the documents submitted to the Global Note in an appropriate manner to reflect the modification of the Conditions.

If a Replacement Rate, any necessary Adjustment Spread and all other relevant Replacement Rate Adjustments are not determined in accordance with the foregoing, the Issuer may, on giving at least 15 Business Days notice to the Securityholders in accordance with § 12, and subject to the prior approval of the competent authority, up until (but excluding) the Interest Determination Day immediately following the Relevant Interest Determination Day, redeem all but not some only of the Securities at the Early Redemption Amount together with interest accrued to (but excluding) the date of redemption. If the Securities are not redeemed in accordance with the foregoing, the provisions of this § 3 (8) shall apply again in respect of such immediately following Interest Determination Day.

(9) Definitions. For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"Business Day" means a day (other than Saturday or Sunday) on which the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System is open.

"Day Count Fraction" means Day Count Fraction I or Day Count Fraction II, as applicable.

"Day Count Fraction I" means, in respect of a Rate of Interest I Period, and in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "Accrual Period") the actual number of days in the Accrual Period divided by the actual number of days in the respective Interest Period.

"Day Count Fraction II" means, in respect of a Rate of Interest II Period, and in respect of the calculation of an amount of interest for any Accrual Period the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

"Adjustment Spread" means a spread (which may be positive or negative), or the formula or methodology for calculating a spread, which the Relevant Determining Party determines is required to

be applied to the relevant Replacement Rate to reduce or eliminate, to the extent reasonably practicable, any transfer of economic value between the Issuer and the Securityholders that would otherwise arise as a result of the replacement of the relevant Floating Rate with the Replacement Rate.

"Designated Maturity" means three months.

"Independent Adviser" means an independent financial institution of international repute or an independent adviser otherwise of recognised standing and with appropriate expertise.

"Interest Amount" means an Interest Amount I or an Interest Amount II, as applicable.

"Interest Determination Day" means the second Business Day prior to the commencement of the relevant Rate of Interest Period II.

"Interest Payment Date" means an Interest Payment Date I or an Interest Payment Date II, as applicable.

"Rate Replacement Event" means, with respect to a Floating Rate:

- (a) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that it has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate;
- (b) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that a material change in the methodology of calculating the Floating Rate has occurred or will within a specified period occur, provided that, where applicable, such period of time has lapsed;
- (c) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Floating Rate, the central bank for the Relevant Rate Currency, an insolvency official with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate, a resolution authority with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate or a court or an entity with similar insolvency or resolution authority over the administrator for the Floating Rate, which states that the administrator of the Floating Rate has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate; or
- (d) a notice by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 that it is no longer permitted under applicable laws, regulations or supervisory requirements to use the Floating Rate in the performance of its obligations under the Securities (including, without limitation, under the EU Benchmark Regulation (Regulation (EU) 2016/1011), as amended from time to time, if applicable).

"Reference Rate" means the rate (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (Brussels time) (3-months EURIBOR) (the "Floating Rate") on the Interest Determination Day or, if the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Floating Rate applied in respect of the last preceding Interest Determination Day or, if none, the Rate of Interest in respect of the last preceding Interest Period.

"Relevant Determining Party" means, with respect to confirming the occurrence of a Rate Replacement Event (as applicable) and determining a Replacement Rate and relevant Replacement Rate Adjustments, the Calculation Agent or an Independent Adviser, which in either case the Issuer appoints as its agent after a Rate Replacement Event has been determined to make such determinations; provided that if, using reasonable endeavours, neither the Calculation Agent nor, failing which, an Independent Adviser can be so appointed on commercially reasonable terms, the

Relevant Determining Party will be the Issuer; and provided further that if the Issuer has appointed an Independent Adviser to determine an equivalent rate to the Replacement Rate and equivalent adjustments to the Replacement Rate Adjustments for any other securities of the Issuer and the Issuer determines in its reasonable discretion such determinations would be appropriate to apply as the Replacement Rate and Replacement Rate Adjustments under the Securities, the Issuer may elect to be the Relevant Determining Party.

"Relevant Guidance" means (i) any legal or supervisory requirement applicable to the Securities or the Issuer or, if none, (ii) any applicable requirement, recommendation or guidance of a Relevant Nominating Body or, if none, (iii) any relevant recommendation or guidance by industry bodies (including by the International Swaps and Derivatives Association, Inc.) or, if none, (iv) any relevant market practice.

#### "Relevant Nominating Body" means, in respect of a Floating Rate:

- (a) the central bank for the Relevant Rate Currency, or any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate; or
- (b) any working group or committee officially endorsed, sponsored or convened by or chaired or co-chaired by (i) the central bank for the Relevant Rate Currency, (ii) any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate, (iii) a group of the aforementioned central banks or other supervisors or (iv) the Financial Stability Board or any part thereof.

"Relevant Rate Currency" means the currency to which the relevant Floating Rate relates.

"Replacement Rate" means, in respect of a Floating Rate, a substitute, alternative, or successor rate (which may be, without limitation, the Floating Rate following a material change in its methodology of calculation), which in its function in the international capital markets constitutes an appropriate replacement for the Floating Rate. In determining a Replacement Rate the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Adjustments" means (a) such adjustments to the Conditions as the Relevant Determining Party determines in its reasonable discretion appropriate to reflect the operation of the relevant Replacement Rate (which may include, without limitation, adjustments to the applicable Business Day Convention, the definition of Business Day, the Interest Determination Day (to any day before, during or after the Interest Period), the Day Count Fraction, any methodology or definition for obtaining or calculating the Replacement Rate) and (b) any Adjustment Spread to apply to the relevant Replacement Rate. In determining any Replacement Rate Adjustments the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Determination Date" means the first day as of which both the relevant Replacement Rate and any relevant Replacement Rate Adjustments have been determined by the Relevant Determining Party.

"Screen Page" means Reuters Page EURIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as information vendor for the purposes of displaying the relevant rate.

# § 4 PAYMENTS

(1) Payment of Principal. Payment of principal in respect of the Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in case of partial payment) surrender of the Global Security representing the Securities at the time of

payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.

(b) Payment of Interest. Payment of interest on Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System.

Payment of interest on Securities represented by the Temporary Global Security shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1(3)(b).

- (2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Securities shall be made in Euro.
- (3) United States. "United States" means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and Northern Mariana Islands).
- (4) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System in respect of the amount so paid.
- (5) Payment Business Day. If the date for payment of any amount in respect of any Security is not a Payment Business Day then the Securityholder shall not be entitled to payment until the next following Payment Business Day and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

For these purposes, "Payment Business Day" means any day (other than Saturday or Sunday) on which the Clearing System and the Trans European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System are open and settle payments.

- (6) References to Principal. References in these Conditions to principal in respect of the Securities shall be deemed to include, as applicable: the Redemption Amount, the Early Redemption Amount, the Call Redemption Amount and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Securities.
- (7) Deposit of Principal and Interest. The Issuer may deposit with the local court (Amtsgericht) in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Securityholders within twelve months after the relevant due date, even though such Securityholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Securityholders against the Issuer shall cease.

# § 5 REDEMPTION

- (1) Redemption at Maturity. Unless previously redeemed, or repurchased and cancelled, each Security shall be redeemed at its principal amount (the "Redemption Amount") on the Interest Payment Date falling in Februray 2032 (the "Maturity Date").
- (2) Early Redemption at the Option of the Issuer.
  - (a) The Issuer may, upon notice given in accordance with sub-paragraph (b), redeem all or some only of the Securities then outstanding on the Call Redemption Date at the Call Redemption Amount set forth below together with accrued interest, if any, to (but excluding) the relevant Call Redemption Date.

Call Redemption Date: Call Redemption Amount:

17 February 2031 Redemption Amount

Exercise of such option of the Issuer shall be subject to the prior approval of the competent authority.

- (b) Notice of redemption shall be given by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12. Such notice shall specify:
  - (i) name and securities identification numbers of the Securities;
  - (ii) whether all or some only of the Securities are to be redeemed and, if in part only, the aggregate principal amount of the Securities which are to be redeemed;
  - (iii) the Call Redemption Date, which shall not be less than five Business Days nor more than sixty Business Days after the date on which notice is given by the Issuer to the Securityholders; and
  - (iv) the Call Redemption Amount at which such Securities are to be redeemed.
- (c) In case of a partial redemption of Securities, Securities to be redeemed shall be selected not more than 30 days prior to the Call Redemption Date in accordance with the rules of the relevant Clearing System to be reflected in the records of such Clearing System as either a pool factor or a reduction in principal amount, at its discretion.
- (3) Early Redemption Amount. The early redemption amount of a Security (the "Early Redemption Amount") shall be equal to its principal amount.

#### § 6 AGENTS

(1) Appointment. The Fiscal Agent and the Paying Agent (the "Agents" and each an "Agent") and their respective offices are:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services
Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Germany

(the "Fiscal Agent")

Paying Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Germany

(the "Paying Agent").

The Fiscal Agent shall also act as Calculation Agent (the "Calculation Agent").

Each Agent reserves the right at any time to change its respective offices to some other offices.

- (2) Variation or Termination of Appointment. The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent, the Paying Agent or the Calculation Agent and to appoint another fiscal agent or another or additional paying agents or another calculation agent. The Issuer shall at all times maintain (a) a fiscal agent, (b) so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange, a paying agent (which may be the Fiscal Agent) with an office in such place as may be required by the rules of such stock exchange (or any other relevant authority), and (c) a calculation agent. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Securityholders in accordance with § 12.
- (3) Agents of the Issuer. Each Agent acts solely as agent of the Issuer and does not have any obligations towards, or relationship of agency or trust with any Securityholder.

### § 7

All amounts payable in respect of the Securities shall be made with such deduction or withholding for or on account of any present or future taxes, duties or governmental charges of any nature whatsoever imposed or levied by way of deduction or withholding, if such deduction or withholding is required by law (including pursuant to Sections 1471 through 1474 of the U.S. Internal Revenue Code of 1986 (the "Code"), any regulations or agreements thereunder, including any agreement pursuant to Section 1471(b) of the Code, or official interpretations thereof ("FATCA") or pursuant to any law implementing an intergovernmental approach to FATCA).

# § 8 PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in § 801(1), sentence 1 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) is reduced to ten years for the Securities.

# § 9 RESOLUTION MEASURES

- (1) Under the relevant resolution laws and regulations as applicable to the Issuer from time to time, the Securities may be subject to the powers exercised by the competent resolution authority to:
  - (a) write down, including write down to zero, the claims for payment of the principal amount, the interest amount or any other amount in respect of the Securities;
  - (b) convert these claims into ordinary shares of (i) the Issuer or (ii) any group entity or (iii) any bridge bank or other instruments of ownership qualifying as common equity tier 1 capital (and issue or confer on the Securityholders such instruments); and/or
  - (c) apply any other resolution measure, including, but not limited to, (i) any transfer of the Securities to another entity, (ii) the amendment, modification or variation of the Terms and Conditions or (iii) the cancellation of the Securities,

#### (each, a "Resolution Measure").

- (2) The Securityholders shall be bound by any Resolution Measure. No Securityholder shall have any claim or other right against the Issuer arising out of any Resolution Measure. In particular, the exercise of any Resolution Measure shall not constitute an event of default.
- (3) By its acquisition of the Securities, each Securityholder acknowledges and accepts the measures and

effects according to the preceding paragraphs and that this § 9 is exhaustive on the matters described herein to the exclusion of any other agreements, arrangements or understandings between the Securityholder and the Issuer relating to the subject matter of these Terms and Conditions.

### § 10 SUBSTITUTION OF THE ISSUER

- (1) Substitution. The Issuer (or any previously substituted company) may, without the consent of the Securityholders, if no payment of principal or of interest on any of the Securities is in default, at any time substitute for the Issuer any other company as principal debtor in respect of all obligations arising from or in connection with the Securities (the "Substitute Debtor") provided that:
  - the Substitute Debtor assumes all payment obligations arising from or in connection with the Securities;
  - (b) the Substitute Debtor has obtained all necessary authorisations and may transfer to the Fiscal Agent in the currency required hereunder all amounts required for the fulfilment of the payment or delivery obligations arising under the Securities;
  - (c) the Issuer irrevocably and unconditionally guarantees in favour of each Securityholder the payment of all sums payable by the Substitute Debtor in respect of the Securities and claims under the guarantee have the same rank as claims under the Securities;
  - (d) the applicability of Resolution Measures described in § 9 is ensured; and
  - (e) the substitution has been approved by the competent authority.

The Issuer shall have the right upon giving notice to the Securityholders in accordance with § 12 to change the office (*Niederlassung*) through which it is acting for the purpose of the Securities, the date of such change to be specified in such notice provided that no change can take place prior to the giving of such notice.

- (2) Notice. Notice of any such substitution shall be given in accordance with § 12.
- (3) Change of References. In the event of any such substitution, any reference in these Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor.

# § 11 FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

- (1) Further Issues. The Issuer may from time to time, without the consent of the Securityholders, issue further securities having the same terms as the Securities in all respects (or in all respects except for the issue date, the amount and the date of the first payment of interest thereon and/or the date from which interest starts to accrue) so as to form a single Series with the outstanding Securities.
- (2) Repurchases and Cancellation. The Issuer may repurchase Securities in the open market or otherwise and at any price, subject to the prior approval of the competent authority. Securities repurchased by the Issuer may, at the option of the Issuer, be held, resold or surrendered to the Fiscal Agent for cancellation.

### § 12 NOTICES

- (1) Publication. Subject as provided in paragraph (2) below, all notices concerning the Securities shall be published in the German Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). Any notice so given will be deemed to have been validly given on the third day following the day of its publication (or, if published more than once, on the third day following the day of the first such publication).
  - If and for so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange and the rules of the Luxembourg Stock Exchange so require, all notices concerning the Securities shall also be published in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu).
- (2) Notification to Clearing System. The Issuer may deliver all notices concerning the Securities to the Clearing System for communication by the Clearing System to the Securityholders. Such notification to the Clearing System will substitute the publication pursuant to paragraph (1) above provided that a publication of notices pursuant to paragraph (1) above is not required by law (including by applicable stock exchange rules). Any such notice shall be deemed to have been given to the Securityholders on the seventh day after the said notice was given to the relevant Clearing System.

# § 13 MEETINGS OF SECURITYHOLDERS

- (1) Matters Subject to Resolutions. The Securityholders may, subject to the prior approval of the competent authority, agree in accordance with the German Bond Act (Schuldverschreibungsgesetz) by majority resolution to amend the Conditions, to appoint a joint representative of all Securityholders and on all other matters permitted by law.
- (2) Majority Requirements for Amendments of the Conditions. Resolutions relating to material amendments of the Conditions, in particular consents to the measures set out in § 5(3) of the German Bond Act, shall be passed by a majority of not less than 75 per cent. of the votes cast (Qualified Majority). Resolutions relating to amendments of the Conditions which are not material, require a simple majority of not less than 50 per cent. of the votes cast. Each Securityholder participating in any vote shall cast votes in accordance with the principal amount or the notional share of its entitlement to the outstanding Securities.
- (3) Passing of Resolutions. Securityholders shall pass resolutions by vote taken without a physical meeting (Abstimmung ohne Versammlung) in accordance with § 18 of the German Bond Act.
- (4) Proof of Eligibility. Securityholders must demonstrate their eligibility to participate in the vote at the time of voting by means of a special confirmation of the Custodian in accordance with § 14(3)(i) of these Conditions and by submission of a blocking instruction by the Custodian, which shall apply for the voting period.
- Joint Representative. The Securityholders may by majority resolution provide for the appointment or dismissal of a joint representative (the "Joint Representative"), the duties and responsibilities and the powers of such Joint Representative, the transfer of the rights of the Securityholders to the Joint Representative and a limitation of liability of the Joint Representative. Appointment of a Joint Representative may only be passed by a Qualified Majority (see paragraph (2) above) if such Joint Representative is to be authorised to consent to a material change affecting the substance of the Conditions.

# § 14 GOVERNING LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

- (1) Governing Law. The Securities, as to form and content, and all rights and obligations of the Securityholders and the Issuer, shall be governed by German law.
- (2) Place of Jurisdiction. The non-exclusive place of jurisdiction for any action or other legal proceedings ("Proceedings") shall be Frankfurt am Main.
- (3) Enforcement. Any Securityholder may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Securityholder and the Issuer are parties, protect and enforce in its own name its rights arising under such Securities on the basis of
  - (i) a statement issued by the Custodian with whom such Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities
    - (a) stating the full name and address of the Securityholder,
    - specifying the aggregate principal amount of Securities credited to such securities account on the date of such statement, and
    - (c) confirming that the Custodian has given written notice to the relevant Clearing System of the intention of the Securityholder to enforce claims directly which (A) contains the information pursuant to (a) and (b), (B) has been acknowledged by the Clearing System, and (C) has been returned by the Clearing System to the Custodian, and
  - (ii) a copy of the Security in global form representing the Securities certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the Security in global form representing the Securities.

For purposes of the foregoing, "Custodian" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities and includes the Clearing System. Each Securityholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce its rights under these Securities also in any other way which is admitted in the country of the Proceedings.

#### § 15 LANGUAGE

These Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

### Part II: Additional Information Teil II: Zusätzliche Angaben

1. ADMISSION TO TRADING AND DEALING **ARRANGEMENTS** ZUM **HANDEL** UND **ZULASSUNG HANDELSVEREINBARUNGEN** 

Admission to trading

Zulassung zum Handel

Yes, application will be made by the Issuer (or on its behalf) for the Securities to be admitted to trading on the exchange and/or market set out below. No assurance can be given that such admission to trading will be obtained.

Ja. ein Zulassung Antrag auf der Schuldverschreibungen zum Handel an der unten genannten Börse und/oder am unten genannten Markt wird von der Emittentin (oder in ihrem Namen) gestellt werden. Es kann nicht zugesichert werden, dass eine solche Zulassung zum Handel tatsächlich erfolgt.

Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange Geregelter Markt der Luxemburger Börse

Expected date of admission Erwarteter Termin der Zulassung with effect from 17 February 2021 mit Wirkung vom 17. Februar 2021

Estimate of the total expenses related to admission to

Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum

Handel

EUR 7.500

EUR 7.500

Regulated markets, third country markets or MTFs on which, to the knowledge of the Issuer, securities of the same class as the Securities to be offered to the public or admitted to trading are already admitted to trading.

Angabe geregelter Märkte, Drittlandsmärkte oder MTFs, an denen nach Kenntnis der Emittentin bereits Schuldverschreibungen der gleichen Gattung wie die Handel öffentlichangebotenen oder zum zuzulassenden Schuldverschreibungen bereits zum Handel zugelassen sind.

Name[s] and address[es] of the [entity] [entities] which [has] [have] a firm commitment to act as [intermediary] [intermediaries] in secondary trading, providing liquidity through bid and offer rates and description of the main terms of [its] [their] commitment

Name[n] und Anschrift[en] [des Instituts, das] [der Institute, die] aufgrund einer festen Zusage als Intermediär[e] im Sekundärhandel tätig [ist] [sind] und über An- und Verkaufskurse Liquidität zur Verfügung [stellen], sowie Beschreibung Hauptbedingungen [seiner] [ihrer] Zusage.

Not applicable

Nicht anwendbar

Not applicable

Nicht anwendbar

#### 2. **RATINGS RATINGS**

The Securities to be issued are expected to be rated by Moody's Deutschland GmbH ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P") and Fitch Ratings Ireland Limited ("Fitch") as follows:

Moody's: Baa3 S&P: BBB-Fitch: BBB

Moody's, S&P and Fitch are established in the European Union, are registered in accordance with the CRA Regulation and are included as credit rating agencies in the list of credit rating agencies published by the European Securities and Markets Authority on its website in accordance with the CRA Regulation. "CRA Regulation" means Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009, as amended, on credit rating agencies.

Die zu begebenden Schuldverschreibungen werden voraussichtlich von Moody's Deutschland GmbH ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P") und Fitch Ratings Ireland Limited ("Fitch") die folgenden Ratings erhalten:

Moody's, S&P und Fitch sind in der Europäischen Union ansässig, sind gemäß der Ratingverordnung registriert und sind als Ratingagenturen im Verzeichnis der Ratingagenturen aufgeführt, das die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde nach Maßgabe der Ratingverordnung auf ihrer Internetseite veröffentlicht. "Ratingverordnung" bezeichnet die Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung.

Moody's defines:

Baa3:

Moody's: S&P: BBB-

Baa3

Fitch: **BBB** 

Obligations rated "Baa" are judged to be mediumgrade and subject to moderate credit risk and as such may possess certain speculative characteristics.

Moody's long-term obligation ratings are divided into several categories ranging from "Aaa", reflecting the highest quality, subject to the lowest level of credit risk, over categories "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" to category "C", reflecting the lowest rated obligations which are typically in default, with little prospect for recovery of principal or interest. Moody's appends numerical modifiers 1, 2 and 3 to each generic rating classification from "Aa" through "Caa". The modifier 1 indicates that the obligation ranks in the higher end of its generic rating category; the modifier 2 indicates a mid-range ranking; and the modifier 3 indicates a ranking in the lower end of that

generic rating category. Moody's-Definition1: Baa3: Verbindlichkeiten, die mit "Baa" eingestuft sind, werden der "Mittelklasse" zugerechnet und bergen ein moderates Kreditrisiko und weisen mitunter spekulative Elemente auf. von Moody's verwendete Ratingskala Die langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "Aaa", welche die Kategorie höchster Qualität mit einem minimalen Kreditrisiko bezeichnet, über die Kategorien "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" bis zur untersten Kategorie "C", welche Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen ein Zahlungsausfall in der Regel bereits eingetreten ist geringe Aussichten auf Zins- und/oder Kapitalrückzahlungen bestehen. Moody's verwendet innerhalb der Ratingkategorien "Aa" bis "Caa" numerische Unterteilungen (1, 2 und 3). Der Zusatz "1" bedeutet, dass eine entsprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während die Zusätze "2" und "3" eine Einstufung im mittleren bzw. unteren Drittel der jeweiligen Ratingkategorie anzeigen. S&P defines: BBB-: An obligation rated "BBB" exhibits adequate protection parameters. However, adverse economic conditions or changing circumstances are more likely to weaken the obligor's capacity of to meet its financial commitments on the obligation. Long-term issue credit ratings by S&P are divided into several categories ranging from "AAA", reflecting an extremely strong capacity of the obligor to meet its financial commitment on the obligation, over categories "AA", "A", "BBB", "BB", "B", "CCC", "CC", "C" to category "D", reflecting that an obligation is in default or in breach of an imputed promise. The ratings from "AA" to "CCC" may be modified by the addition of a plus ("+") or minus ("-") sign to show relative standing within the major rating categories. S&P-Definition2:

Eine mit einem "BBB"-Rating bewertete Verbindlichkeit verfügt über ausreichende Schutzeigenschaften. Jedoch schwächen nachteilige wirtschaftliche Bedingungen oder sich ändernde Umstände eher die Fähigkeit des Schuldners, seine finanzielle Verpflichtung bezüglich der Verbindlichkeit zu erfüllen.

Die von S&P verwendete Ratingskala für langfristige

BBB-:

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "AAA", welche eine extrem starke Fähigkeit des Schuldners zur Bedienung seiner finanziellen Verpflichtung bezüglich der Verbindlichkeit zum Ausdruck bringt, über die Kategorien "AA", "A", "BBB", "BB", "CCC", "CC", "C" bis zur Kategorie "D", welche kennzeichnet, dass die Verbindlichkeit von einem Zahlungsausfall oder dem Bruch eines relevanten Versprechens betroffen ist. Den Kategorien "AA" bis "CCC" kann jeweils ein Plus- ("+") oder Minuszeichen ("-") hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Kategorie zu verdeutlichen.

'BBB' ratings indicate that expectations of credit risk are currently low. The capacity for payment of financial commitments is considered adequate. but adverse business or economic conditions are more likely to impair this capacity.

Fitch's long-term ratings are divided into several major categories ranging from "AAA", reflecting the lowest expectation of credit risk, over categories "AA", "A", "BBB", "BB", "B", "CCC", "CC" to category "C", reflecting exceptionally high levels of credit risk. Defaulted obligations typically are not assigned "RD" or "D" ratings, but are instead rated in the "B" to "C" rating categories, depending upon their recovery prospects and other relevant characteristics. The modifiers "+" or "-" may be appended to a rating to denote relative status within major rating categories. Such suffixes are not added to the "AAA" obligation rating category or to obligation ratings below "CCC".

Ein "BBB"-Rating zeigt an, dass ein geringes Kreditrisiko erwartet wird. Die Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verbindlichkeiten wird als angemessen erachtet, aber ungünstige geschäftliche oder wirtschaftliche Bedingungen beeinträchtigen diese Fähigkeit mit höherer Wahrscheinlichkeit.

Die von Fitch verwendete Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "AAA", welche für die geringste Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos steht, über die Kategorien "AA", "A", "BBB", "BB", "B", "CCC", "CC" bis zur Kategorie "C", welche ein außerordentlich Kreditrisiko kennzeichnet. Ausgefallene Verbindlichkeiten werden typischerweise nicht mit einem "RD"- oder "D"-Rating bewertet, sondern je nach Aussicht auf Rückerstattung und anderen relevanten Parametern stattdessen die Ratingkategorien "B" bis "C" eingruppiert. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- ("+") oder

BBB:

Fitch-Definition1:

BBB:

Fitch defines:

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

Minuszeichen ("-") beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb einer Ratingkategorie auszudrücken. Solche Zusätze werden der Ratingkategorie "AAA" oder den Kategorien unter "CCC" nicht beigefügt.

3. INTERESTS OF NATURAL AND LEGAL **PERSONS INVOLVED** IN THE **ISSUE/OFFER** INTERESSEN **VON** AN **DER** EMISSION/DEM ANGEBOT BETEILIGTEN NATÜRLICHEN UND **JURISTISCHEN PERSONEN** 

Save for the fees payable to the Management Group, so far as the Issuer is aware, no person involved in the issue or offering of the Securities has an interest material to the issue or the offering.

Mit Ausnahme der an das Bankenkonsortium zu zahlenden Gebühren haben die an der Emission bzw. dem Angebot der Schuldverschreibungen beteiligten Personen – soweit die Emittentin hiervon Kenntnis hat – kein wesentliches Interesse an der Emission bzw. dem Angebot.

4. ESTIMATED NET PROCEEDS AND ESTIMATED TOTAL EXPENSES GESCHÄTZTE NETTOERLÖSE UND GESCHÄTZTE GESAMTKOSTEN

Estimated net proceeds EUR 1,497,630,000 Geschätzte Nettoerlöse EUR 1.497.630.000

Estimated total expenses of the issue Not applicable
Geschätzte Gesamtkosten der Emission Nicht anwendbar

YIELD Not applicableRENDITE Nicht anwendbar

6. INFORMATION ON THE UNDERLYING[S]
INFORMATIONEN ÜBER [DEN] [DIE]
BASISWERT[E]

Not applicable Nicht anwendbar

7. TERMS AND CONDITIONS OF THE OFFER Not applicable KONDITIONEN DES ANGEBOTS Nicht anwendbar

8. DISTRIBUTION VERTRIEB

Method of distribution Syndicated Vertriebsmethode Syndiziert

The Securities will be offered by the Managers and the

Issuer.

Die Schuldverschreibungen werden von den Managern und der Emittentin angeboten.

Management details including form of commitment

The Management Group consists of the following Lead Manager and Co-Lead Managers (each a "Manager"):

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(the "Lead Manager")

**BNP** Paribas

Commerzbank Aktiengesellschaft

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

NatWest Markets N.V. Swedbank AB (publ)

(together, the "Co-Lead Managers")

Einzelheiten bezüglich des Bankenkonsortiums einschließlich der Art der Übernahme

Das Bankenkonsortium besteht aus dem folgenden Lead Manager und den folgenden Co-Lead Managern

(jeder ein "**Manager**"):

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(der "Lead Manager")

BNP Paribas

Commerzbank Aktiengesellschaft

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

NatWest Markets N.V. Swedbank AB (publ)

(zusammen, die "Co-Lead Manager")

Firm commitment Verbindliche Zusage

Stabilisation Manager Kursstabilisierender Manager Deutsche Bank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Consent to use the Securities Note

The Securities Note may not be used for subsequent

offers.

Zustimmung zur Nutzung der Wertpapierbeschreibung

Die Wertpapierbeschreibung darf nicht für

nachfolgende Angebote genutzt werden.

Prohibition of Sales to Retail Investors in the European Economic Area (within the meaning of Regulation (EU) 1286/2014) or in the United Kingdom Verbot des Verkaufs an Kleinanleger im Europäischen Wirtschaftsraum (im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014) oder im Vereinigten Königreich

Not applicable

Nicht anwendbar

Settlement Instructions

Abwicklungsanweisungen

Delivery against payment Zug-um-Zug Lieferung

# 9. SECURITIES IDENTIFICATION NUMBERS WERTPAPIERKENNNUMMERN

 Common Code
 230113505

 Common Code
 230113505

ISIN DE000DL19VU0
ISIN DE000DL19VU0

German Securities Identification Number (WKN) Wertpapierkennnummer (WKN)

DL19VU DL19VU

10. **EUROSYSTEM ELIGIBILITY OF NGN**  Not applicable (the Securities are not issued in NGN-

EUROSYSTEM-FÄHIGKEIT DER NGN

Nicht anwendbar (die Schuldverschreibungen werden

nicht im NGN-Format begeben)

11. QUALIFICATION AS **SPECIFIED** SECURITIES **FOR** U.S. TAX LAW **PURPOSES SPECIFIED** QUALIFIZIERUNG ALS SECURITIES FÜR ZWECKE DES U.S.

Nicht anwendbar

Not applicable

THIRD PARTY INFORMATION

STEUERRECHTS

With respect to any information included in these Final Terms and specified to be sourced from a third party (i) the Issuer confirms that any such information has been accurately reproduced and as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information available to it from such third party, no facts have been omitted, the omission of which would render the reproduced information inaccurate or misleading and (ii) the Issuer has not independently verified any such information and accepts no responsibility for the accuracy thereof.

INFORMATIONEN VON SEITEN DRITTER

Hinsichtlich der in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen, die als Informationen von Seiten Dritter gekennzeichnet sind, gilt Folgendes: (i) die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen zutreffend wiedergegeben worden sind und - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von diesen Dritten zur Verfügung gestellten Informationen ableiten konnte - keine Fakten weggelassen wurden, deren Fehlen die reproduzierten Informationen unzutreffend oder irreführend gestalten würden, und (ii) die Emittentin hat diese Informationen nicht selbständig überprüft und übernimmt Verantwortung für ihre Richtigkeit.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft			
Name:	Name:		
Title:	Title:		

ANY UNITED STATES PERSON WHO HOLDS THIS OBLIGATION WILL BE SUBJECT TO LIMITATIONS UNDER THE UNITED STATES INCOME TAX LAWS INCLUDING THE LIMITATIONS PROVIDED IN SECTIONS 165(j) AND 1287(a) OF THE INTERNAL REVENUE CODE.

Tranchennummer: 1

ISIN: DE000DL19VU0 Common Code: 230113505 WKN: DL19VU

#### **DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT**

#### DAUER-INHABERGLOBALURKUNDE

über

#### EUR 1,500.000.000

#### kündbare fest- zu variabel verzinsliche Schuldverschreibungen von 2021/2032

Diese Dauer-Inhaberglobalurkunde (die **Globalurkunde**) verbrieft eine ordnungsgemäß genehmigte Emission von Schuldverschreibungen (die **Schuldverschreibungen**) der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die **Emittentin**), für die die Bedingungen gelten. Bezugnahmen in dieser Globalurkunde auf die **Bedingungen** verstehen sich als Bezugnahmen auf die Emissionsbedingungen, die in den dieser Globalurkunde beigefügten Endgültigen Bedingungen enthalten sind.

Soweit in dieser Globalurkunde Begriffe verwendet werden, die in den Bedingungen definiert sind, haben diese Begriffe in dieser Globalurkunde die ihnen in den Bedingungen zugewiesene Bedeutung. Die Bedingungen sind Teil dieser Globalurkunde.

Die Emittentin verpflichtet sich nach Maßgabe der Bedingungen, an den Inhaber dieser Globalurkunde die hierauf nach den Bedingungen zahlbaren Beträge zu zahlen.

Der Nennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen ist der oben angegebene Betrag oder, sofern der Betrag niedriger sein sollte, der zuletzt in der maßgeblichen Spalte in Teil II oder III des Anhangs I oder der im Anhang II eingetragene Nennbetrag.

Bei jeder Rück- oder Zinszahlung oder bei Rückkauf und Entwertung bezüglich der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen werden Einzelheiten zu dieser Rück- oder Zinszahlung oder diesem Rückkauf und der Entwertung durch oder für die Emittentin im Anhang I eingetragen und das entsprechende Feld in Anhang I, in dem diese Rück- oder Zinszahlung oder dieser Rückkauf mit Entwertung eingetragen ist, durch oder für die Emittentin abgezeichnet. Durch jede solche Rückzahlung oder jeden Rückkauf mit Entwertung verringert sich der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen um den Nennbetrag dieser Rückzahlung bzw. dieses Rückkaufs mit Entwertung. Der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen entspricht nach einer solchen Rückzahlung oder einem solchen Rückkauf mit Entwertung oder einem Austausch wie nachstehend in Bezug genommen dem zuletzt durch oder für die Emittentin in der entsprechenden Spalte in Teil II oder III im Anhang I oder im Anhang II eingetragenen Nennbetrag.

Einzelheiten zu einem Austausch der Vorläufigen Inhaberglobalurkunde oder eines Teils derselben gegen diese Globalurkunde sind in Anhang II einzutragen. Sofern ein solcher Austausch erfolgt, erhöht sich der Gesamtnennbetrag der durch diese Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen um den ausgetauschten Nennbetrag der Schuldverschreibungen.

Diese Globalurkunde unterliegt deutschem Recht und wird entsprechend ausgelegt.

Diese Globalurkunde wird erst wirksam, wenn sie von oder im Namen der Emittentin unterschrieben und von oder im Namen des Fiscal Agent mit einer Kontrollunterschrift versehen wurde.

<b>ZUR BEURKUNDUNG</b> dessen hat die Emittentin diese Globalu ausfertigen lassen.	urkunde ordnungsgemäß in ihrem Namen
Frankfurt, 17. Feb. 2021	
DEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT	
Titel / Name	
Kontrollunterschrift (ohne Obligo, Gewährleistung oder Rückgivon oder im Namen der D ய e Bank Aktiengesellschaft	riff)

### Anhang I zur Dauer-Inhaberglobalurkunde

### Teil I

### ZINSZAHLUNGEN

Datum	Gesamtbetrag der fälligen Zinsen	Betrag der gezahlten Zinsen	Bestätigung der Zahlung durch oder für die Emittentin

### Teil II

### TILGUNGEN

Datum	Insgesamt zahlbarer Kapitalbetrag	Gezahlter Kapitalbetrag	Verbleibender Nennbetrag nach Zahlung*	Bestätigung der Zahlung durch oder für die Emittentin
				-

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

### Teil III

### KAUF UND ENTWERTUNG

Datum	Nennbetrag der Schuldverschreibungen, die gekauft und entwertet wurden	Verbleibender Nennbetrag nach Kauf und Entwertung*	Bestätigung des Kaufs und der Entwertung durch oder für die Emittentin

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

### Anhang II zur Dauer-Inhaberglobalurkunde

### **VORGENOMMENE AUSTAUSCHE**

Die folgenden, den durch diese Globalurkunde verbrieften Nennbetrag betreffenden, Austausche sind vorgenommen worden:

Datum	Nennbetrag, der ausgetauscht wurde	Nennbetrag nach dem Austausch*	Vermerk durch oder für die Emittentin

<sup>\*</sup> Zur Ermittlung dieses Betrags bitte in Teil II oder III des Anhangs I oder in Anhang II nachsehen.

#### MiFID II Product Governance / Eligible Counterparties and Professional Clients Only Target Market

Solely for the purposes of the Manufacturer's product approval process, the target market assessment in respect of the Securities has led to the conclusion that (i) the target market for the Securities is eligible counterparties and professional clients only, each as defined in Directive 2014/65/EU (as amended, "MiFID II"), each having (1) at least informed knowledge of and/or experience with financial products, (2) a long-term investment horizon, (3) general capital formation/asset optimization as investment objective, (4) no or only minor loss bearing capacity, and (5) a medium risk tolerance; and (ii) all channels for distribution of the Securities to eligible counterparties and professional clients are appropriate. Any person subsequently offering, selling or recommending the Securities (a "Distributor") should take into consideration the Manufacturer's target market assessment; however, a Distributor subject to MiFID II is responsible for undertaking its own target market assessment in respect of the Securities (by either adopting or refining the Manufacturer's target market assessment) and determining appropriate distribution channels.

For the purposes of this provision, the expression "Manufacturer" means the Lead Manager (as set out in PART II. of these Final Terms).

# Produktüberwachung nach MiFID II / Ausschließlicher Zielmarkt geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden

Ausschließlich für die Zwecke des Produktgenehmigungsverfahrens des Konzepteurs hat die Zielmarktbewertung in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu dem Ergebnis geführt, dass (i) der Zielmarkt für die Schuldverschreibungen ausschließlich geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden, wie jeweils in der Richtlinie 2014/65/EU (in der jeweils geltenden Fassung, "MiFID II") definiert, sind, die jeweils (1) über Basiskenntnisse und/oder -erfahrungen mit Finanzprodukten verfügen, (2) einen langfristigen Anlagehorizont besitzen, (3) allgemeine Vermögensbildung/Vermögensoptimierung als Anlageziel verfolgen, (4) keine oder nur eine geringe Verlusttragfähigkeit, sowie (5) eine mittlere Risikotoleranz aufweisen, und (ii) alle Kanäle für den Vertrieb der Schuldverschreibungen an geeignete Gegenparteien und professionelle Kunden geeignet sind. Jede Person, die die Schuldverschreibungen später anbietet, verkauft oder empfiehlt (ein "Vertreiber"), sollte die Zielmarktbewertung des Konzepteurs berücksichtigen, wobei ein der MiFID II unterliegender Vertreiber jedoch dafür verantwortlich ist, eine eigene Zielmarktbewertung in Bezug auf die Schuldverschreibungen vorzunehmen (entweder durch Übernahme oder Ausarbeitung der Zielmarktbewertung des Konzepteurs) und geeignete Vertriebskanäle festzulegen.

Für die Zwecke dieser Bestimmung gilt als "**Konzepteur**" der Lead Manager (wie in TEIL II. dieser Endgültigen Bedingungen bestimmt).

15 February 2021 *15. Februar 2021* 

# Final Terms Endgültige Bedingungen

EUR 1,500,000,000 Callable Fixed to Floating Rate Notes of 2021/2032 issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Issuer") pursuant to the

EUR 1.500.000.000 kündbare fest- zu variabel verzinsliche Schuldverschreibungen von 2021/2032 begeben von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "Emittentin") aufgrund des

Euro 80,000,000,000 Euro 80.000.000.000

#### **Debt Issuance Programme**

dated 19 June 2020 vom 19. Juni 2020

of der

#### **Deutsche Bank Aktiengesellschaft**

Legal Entitiy Identifier: 7LTWFZYICNSX8D621K86 Rechtsträgerkennung: 7LTWFZYICNSX8D621K86

> Issue Price: 99.842 per cent. Ausgabepreis: 99,842 %

Issue Date: 17 February 2021 Begebungstag: 17. Februar 2021

(the "Securities")
(die "Schuldverschreibungen")

These Final Terms have been prepared for the purpose of Article 8(5) in connection with Article 25(4) of the Prospectus Regulation (the "Prospectus Regulation") and must be read in conjunction with the Securities Note dated 19 June 2020 (including the documents incorporated into the Securities Note by reference) (the "Securities Note"), the Registration Document dated 6 April 2020 (including the documents incorporated into the Registration Document by reference) (the "Registration Document"), pertaining to the Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme of Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Programme") and any supplements relating to information contained in the Securities Note and the Registration Document pursuant to Article 23 of the Prospectus Regulation (including the documents incorporated by reference into the Securities Note and the Registration Document by such supplements). The Securities Note and the Registration Document (and any supplements relating to information contained in these documents) are available in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu/programme/Programme-DeutscheBank/13607) and on the website of the Issuer (www.db.com under "Investor Relations", "Creditor Information", "Prospectuses"). All relevant information on Deutsche Bank Aktiengesellschaft and the Securities is only available on the basis of the combination of the Securities Note, the Registration Document, any supplements relating to information contained in these documents and these Final Terms.

Diese Endgültigen Bedingungen wurden für die Zwecke des Artikels 8 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 25 Absatz 4 der Verordnung (EU) 2017/1129 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 (die "Prospektverordnung") abgefasst und sind in Verbindung mit der Wertpapierbeschreibung vom 19. Juni 2020 (einschließlich der per Verweis in die Wertpapierbeschreibung einbezogenen Dokumente) (die "Wertpapierbeschreibung") und dem Registrierungsformular vom 6. April 2020 (einschließlich der per Verweis in das Registrierungsformular einbezogenen Dokumente) (das "Registrierungsformular"), die in Bezug auf das Euro 80,000,000,000 Debt Issuance Programme der Deutsche Bank Aktiengesellschaft (das "Programm") erstellt wurden, sowie etwaigen Nachträgen hinsichtlich in der Wertpapierbeschreibung und dem Registrierungsformular enthaltener Informationen gemäß Artikel 23 der Prospektverordnung (einschließlich aller Dokumente, die mittels solcher Nachträge per Verweis in die Wertpapierbeschreibung oder das Registrierungsformular Wertpapierbeschreibung einbezogen wurden) zu lesen. Die das Registrierungsformular (sowie jeder Nachtrag hinsichtlich in diesen Dokumenten enthaltener Informationen) sind elektronischer Internetseite der Luxemburger Form auf der **Börse** (www.bourse.lu/programme/Programme-DeutscheBank/13607) und der Internetseite der **Emittentin** (www.db.com unter "Investoren", "Infos für Fremdkapitalgeber", "Prospekte/Dokumente") verfügbar. Um alle relevanten Informationen zur Deutsche Bank Aktiengesellschaft und den Schuldverschreibungen zu erhalten, sind die Wertpapierbeschreibung, das Registrierungsformular, etwaige Nachträge hinsichtlich in diesen Dokumenten enthaltener Informationen und diese Endgültigen Bedingungen im Zusammenhang zu lesen.

### Part I: Terms and Conditions Teil I: Emissionsbedingungen

The Terms and Conditions applicable to the Securities (the "Conditions") and the non-binding English language translation thereof are as set out below.

Die auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bedingungen (die "**Bedingungen**") sowie die unverbindliche englischsprachige Übersetzung sind nachfolgend aufgeführt.

Diese Serie von Anleihen (die "Schuldverschreibungen") wird gemäß einem Zahlstellenvertrag vom 19. Juni 2020 (einschließlich einer etwaigen geänderten, ergänzten und/oder neu gefassten Fassung dieses Vertrags, das "Agency Agreement") begeben, der unter anderem zwischen Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Emittentin und Deutsche Bank Aktiengesellschaft als Fiscal Agent und den anderen darin genannten Parteien geschlossen wurde. Kopien des Agency Agreement können kostenfrei bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent, der bezeichneten Geschäftsstelle jeder Zahlstelle sowie der Hauptgeschäftsstelle der Emittentin bezogen werden.

# § 1 WÄHRUNG, STÜCKELUNG, FORM, BESTIMMTE DEFINITIONEN

- (1) Währung und Stückelung. Diese Serie von Schuldverschreibungen wird von Deutsche Bank Aktiengesellschaft (die "Emittentin") in Euro (die "Festgelegte Währung") im Gesamtnennbetrag von Euro 1.500.000.000 (in Worten: Euro eine Milliarde fünfhundert Millionen) in einer Stückelung von Euro 100.000 (die "Festgelegte Stückelung") begeben.
- (2) Form. Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) Vorläufige Globalurkunde Austausch.
  - (a) Die Schuldverschreibungen sind anfänglich durch eine vorläufige Globalurkunde (die "Vorläufige Globalurkunde") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine verbrieft. Die Vorläufige Globalurkunde wird gegen eine Dauerglobalurkunde (die "Dauerglobalurkunde" und zusammen mit der Vorläufigen Globalurkunde jeweils eine "Globalurkunde") ohne Zinsscheine oder Rückzahlungsscheine ausgetauscht. Die Vorläufige Globalurkunde und die Dauerglobalurkunde werden jeweils von oder im Namen der Emittentin unterschrieben und vom oder im Namen des Fiscal Agent jeweils mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.
  - (b) Die Vorläufige Globalurkunde wird an einem Tag (der "Austauschtag"), der nicht mehr als 180 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegt, gegen die Dauerglobalurkunde ausgetauscht. Der Austauschtag für einen solchen Austausch darf nicht weniger als 40 Tage nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde liegen. Ein solcher Austausch darf nur nach Vorlage von Bescheinigungen erfolgen, wonach der bzw. die wirtschaftliche(n) Eigentümer (beneficial owner(s)) der durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieften Schuldverschreibungen keine US-Person ist bzw. keine US-Personen sind Finanzinstitute oder (ausgenommen bestimmte bestimmte Schuldverschreibungen über solche Finanzinstitute halten). Zinszahlungen auf durch eine Vorläufige Globalurkunde verbriefte Schuldverschreibungen erfolgen erst nach Vorlage solcher Bescheinigungen. Eine gesonderte Bescheinigung ist für jede solche Zinszahlung erforderlich. Jede Bescheinigung, die am oder nach dem 40. Tag nach dem Tag der Ausgabe der Vorläufigen Globalurkunde eingeht, wird als ein Ersuchen behandelt, die Vorläufige Globalurkunde gemäß diesem Unterabsatz (b) dieses Absatzes (3) auszutauschen. Wertpapiere, die im Austausch für die Vorläufige Globalurkunde geliefert werden, sind nur außerhalb der Vereinigten Staaten (wie in § 4(3) definiert) zu liefern.

- (4) Clearing System. Jede Globalurkunde wird von einem oder für ein Clearing System verwahrt, bis, im Fall der Dauerglobalurkunde, sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "Clearing System" bezeichnet: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Deutschland ("CBF") sowie jeden Nachfolger in dieser Eigenschaft.
- (5) Gläubiger der Schuldverschreibungen. "Gläubiger der Schuldverschreibungen" bezeichnet in Bezug auf die bei einem Clearing System oder einer sonstigen zentralen Wertpapierverwahrstelle hinterlegten Schuldverschreibungen jeden Inhaber eines Miteigentumsanteils oder eines anderen vergleichbaren Rechts an den hinterlegten Schuldverschreibungen.
- (6) Bezugnahmen. Bezugnahmen in diesen Bedingungen auf die "Schuldverschreibungen" schließen Bezugnahmen auf jede die Schuldverschreibungen verbriefende Globalurkunde ein, es sei denn, aus dem Zusammenhang ergibt sich etwas anderes. Bezugnahmen in diesen Emissionsbedingungen auf die "Emissionsbedingungen" oder die "Bedingungen" verstehen sich als Bezugnahmen auf diese Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen.

#### § 2 STATUS

- Zweck der Schuldverschreibungen ist es, der Emittentin als berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 72a und 72b Abs. 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in ihrer jeweils ergänzten oder geänderten Fassung (Capital Requirements Regulation "CRR") im Rahmen der Mindestanforderung an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu dienen.
- (2) Die Schuldverschreibungen begründen nicht besicherte und nicht nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin aus nicht bevorrechtigten Schuldtiteln im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG oder einer Nachfolgebestimmung. Die Verbindlichkeiten stehen untereinander und mit allen anderen nicht besicherten und nicht nachrangigen Verbindlichkeiten aus nicht bevorrechtigten Schuldtiteln der Emittentin im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder einer Nachfolgebestimmung im gleichen Rang.
  - In Einklang mit § 46f Abs. 5 KWG gehen im Fall von Abwicklungsmaßnahmen in Bezug auf die Emittentin oder im Fall der Auflösung, der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin oder eines Vergleichs oder eines anderen der Abwendung der Insolvenz der Emittentin dienenden Verfahrens gegen die Emittentin die Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen den nicht nachrangigen Ansprüchen von dritten Gläubigern der Emittentin, die keine Verbindlichkeiten im Sinne von § 46f Abs. 6 Satz 1 KWG (auch in Verbindung mit § 46f Abs. 9 KWG) oder gemäß einer Nachfolgebestimmung sind, im Rang nach; diese Ansprüche umfassen berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten im Sinne von Artikel 72b Abs. 2 CRR, bei denen Buchstabe d) nicht einschlägig ist. In einem solchen Fall erfolgen Zahlungen auf die Schuldverschreibungen so lange nicht, wie die nicht nachrangigen Ansprüche dieser dritten Gläubiger der Emittentin nicht vollständig befriedigt sind.
- (3) In Einklang mit § 10 Abs. 5 KWG ist die Aufrechnung von Forderungen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin ausgeschlossen. Den Gläubigern wird für ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen zu keinem Zeitpunkt eine Sicherheit oder Garantie gestellt; bereits gestellte oder zukünftig gestellte Sicherheiten oder Garantien im Zusammenhang mit anderen Verbindlichkeiten der Emittentin haften nicht für Forderungen aus den Schuldverschreibungen.
- (4) Nachträglich können der Rang der Verbindlichkeiten gemäß § 2(2) nicht verbessert sowie die Laufzeit der Schuldverschreibungen und jede anwendbare Kündigungsfrist nicht verkürzt werden. Eine Rückzahlung, ein Rückkauf oder eine Kündigung der Schuldverschreibungen vor Endfälligkeit ist nur mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zulässig. Werden die Schuldverschreibungen (i) unter anderen als den in § 2(2) beschriebenen Umständen oder (ii) anders als infolge einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs nach Maßgabe dieser Bedingungen zurückgezahlt

oder von der Emittentin zurückerworben, so ist der gezahlte Betrag der Emittentin ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen zurückzugewähren.

#### § 3 ZINSEN

(1) Zinsfeststellung und Zinsperioden. Jede Schuldverschreibung wird ab dem 17. Februar 2021 (einschließlich) (der "Verzinsungsbeginn") bis zum 17. Februar 2031 (der "Zinswechseltag") (ausschließlich) mit dem Zinssatz I verzinst. Jede Schuldverschreibung wird ab dem Zinswechseltag (einschließlich) bis zum Fälligkeitstag (wie in § 5(1) definiert) (ausschließlich) mit dem Zinssatz II verzinst.

"Zinssatz I" bezeichnet 1,375 % per annum.

"Zinssatz II" bezeichnet den Referenzsatz zuzüglich 1,50 % per annum (die "Marge").

Der Zinssatz (der "Zinssatz") für jede Zinsperiode ist der für diese Zinsperiode maßgebliche Zinssatz I bzw. Zinssatz II.

Die Verzinsung erfolgt in Bezug auf jede Zinsperiode I und jede Zinsperiode II, wobei jede dieser Perioden eine "Zinsperiode" darstellt.

"Zinsperiode I" bezeichnet den Zeitraum vom Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag I (ausschließlich) und danach bis zum Zinswechseltag (ausschließlich) jeweils von einem Zinszahltag I (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag I (ausschließlich).

"Zinsperiode II" bezeichnet den Zeitraum vom Zinswechseltag (einschließlich) bis zum ersten Zinszahltag II (ausschließlich) und danach jeweils von einem Zinszahltag II (einschließlich) bis zum darauffolgenden Zinszahltag II (ausschließlich). Falls es in dem Kalendermonat, in den ein Zinszahltag II fallen sollte, keine numerische Entsprechung für diesen Tag gibt oder ein Zinszahltag II ansonsten auf einen Tag fallen würde, der kein Geschäftstag ist, wird der Zinszahltag II auf den nächsten Tag verschoben, der ein Geschäftstag ist, es sei denn, er würde dadurch in den folgenden Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahltag II auf den unmittelbar vorangegangenen Geschäftstag vorgezogen (Modifizierte Folgender-Geschäftstag-Konvention).

- (2) Zinszahltage.
  - (a) Bis zum Zinswechseltag (einschließlich) erfolgen Zinszahlungen nachträglich am 17. Februar eines jeden Jahres, beginnend mit dem 17. Februar 2022 (jeweils ein "**Zinszahltag I**").
  - (b) Ab dem Zinswechseltag bis zum Fälligkeitstag (einschließlich) erfolgen Zinszahlungen vierteljährlich nachträglich am 17. Mai 2031, 17. August 2031, 17. November 2031 und 17. Februar 2032 (jeweils ein "Zinszahltag II").
- (3)Auflaufende Zinsen. Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden, es sei denn, die Rückzahlung wird unberechtigterweise vorenthalten oder verweigert. Zahlt die Emittentin die Schuldverschreibungen nicht bei Fälligkeit zurück, wird der ausstehende Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen weiter verzinst, und zwar ab dem Tag, an dem die Schuldverschreibungen zur Rückzahlung fällig werden, (einschließlich) bis zum Ablauf des Tages, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung der Schuldverschreibungen vorangeht (ausschließlich), wobei der gesetzliche Verzugszinssatz Anwendung findet (der gesetzliche Verzugszinssatz beträgt fünf Prozentpunkte über dem von der Deutschen Bundesbank jeweils veröffentlichten Basiszinssatz, §§ 288 Abs. 1, 247 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); der gesetzliche Verzugszinssatz schließt darüber Schadensersatzansprüche nicht aus).

#### (4) Zinsbetrag.

- (a) Der an jedem Zinszahltag I zahlbare Zinsbetrag für die Zinsperiode I, die an diesem Zinszahltag I (ausschließlich) endet, beträgt Euro 1.375 ("Zinsbetrag I") je Schuldverschreibung.
- (b) Der an jedem Zinszahltag II zahlbare Zinsbetrag für eine Zinsperiode II ("Zinsbetrag II") ist in Bezug auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen ein Betrag, dessen Berechnung durch Anwendung des Zinssatzes II und des Zinstagequotienten II (wie nachstehend definiert) auf den gesamten ausstehenden Nennbetrag der Schuldverschreibungen, der durch die Globalurkunde verbrieft ist, unter Rundung des Ergebnisses auf die nächste Untereinheit der Festgelegten Währung erfolgt, wobei 0,5 einer Untereinheit aufgerundet oder eine andere marktübliche Rundungsregel angewandt wird.
- (5) Berechnungen und Feststellungen. Soweit in diesem § 3 nicht etwas anderes bestimmt ist, werden sämtliche Berechnungen und Feststellungen, die nach diesem § 3 vorzunehmen sind, durch die Berechnungsstelle vorgenommen. Die Berechnungsstelle legt den Zinssatz an den für die Festlegung des Zinssatzes jeweils vorgesehenen Terminen oder so bald wie möglich danach fest.
- (6) Mitteilungen von Zinssatz und Zinsbetrag. Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass der Zinssatz II und jeder Zinsbetrag II für eine jede Zinsperiode II der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 und, sofern die Vorschriften einer Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, dies verlangen, der betreffenden Börse so bald wie möglich nach der Feststellung, keinesfalls aber später als am vierten Geschäftstag nach der Feststellung mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag II und der mitgeteilte Zinssatz II ohne Vorankündigung nachträglich abgeändert (oder andere geeignete Anpassungsregelungen getroffen) werden. Jede solche Änderung wird jeder Börse, an der die Schuldverschreibungen zu dem betreffenden Zeitpunkt zum Handel zugelassen sind, und den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 mitgeteilt.
- (7) Verbindlichkeit der Feststellungen. Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Feststellungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Berechnungsstelle, einem Unabhängigen Berater oder der Emittentin für die Zwecke dieses § 3 vorgenommen, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, den Fiscal Agent, die Zahlstellen und die Gläubiger der Schuldverschreibungen bindend.
- (8) Zinssatz-Ersetzung. Im Falle, dass die Emittentin feststellt, dass an oder vor einem Zinsfestlegungstag (der "Maßgebliche Zinsfestlegungstag") ein Zinssatz-Ersetzungsgrund in Bezug auf einen Variablen Zinssatz eingetreten ist, hat die Maßgebliche Festlegende Stelle, falls sie gegenüber der Emittentin den Eintritt dieses Zinssatz-Ersetzungsgrunds bestätigt (sofern es sich bei der Maßgeblichen Festlegenden Stelle nicht um die Emittentin handelt), nach ihrem billigen Ermessen (i) einen Ersatzzinssatz für den maßgeblichen Variablen Zinssatz und (ii) Ersatzzinssatz-Anpassungen festzulegen und ihre Festlegungen der Emittentin und der Berechnungsstelle (sofern es sich bei diesen jeweils nicht um die Maßgebliche Festlegende Stelle handelt) unverzüglich mitzuteilen.

Der (etwaige) in dieser Weise festgelegte Ersatzzinssatz ersetzt, unter Anwendung der Anpassungsspanne gemäß den Bestimmungen dieser Bedingungen, den maßgeblichen Variablen Zinssatz, und die Bedingungen gelten des Weiteren für die Zwecke der Festlegung des Zinssatzes jeweils für die Zinsperiode in Bezug auf den Zinsfestlegungstag, der auf den Ersatzzinssatz-Festlegungstag fällt oder, falls auf diesen Tag kein Zinsfestlegungstag fällt, der unmittelbar auf den Tag des Ersatzzinssatz-Festlegungstags folgt, sowie jede nachfolgende Zinsperiode als durch die in dieser Weise festgelegten Ersatzzinssatz-Anpassungen abgeändert (vorbehaltlich des nachfolgenden Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrunds in Bezug auf den Ersatzzinssatz). Die Emittentin wird den Gläubigern der Schuldverschreibungen so bald wie möglich nach dem Ersatzzinssatz-Festlegungstag den Ersatzzinssatz sowie die Ersatzzinssatz-Anpassungen durch Mitteilung gemäß § 12 mitteilen und das Clearing System auffordern, der Globalurkunde die vorgelegten Dokumente in geeigneter Weise

beizufügen, um die Änderung der Bedingungen zu berücksichtigen.

Im Falle, dass ein Ersatzzinssatz, eine etwaige erforderliche Anpassungspanne und jedwede sonstigen maßgeblichen Ersatzzinssatz-Anpassungen nicht in Einklang mit den vorstehenden Bestimmungen festgelegt werden, kann die Emittentin durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen mit einer Frist von nicht weniger als 15 Geschäftstagen gemäß § 12 und vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung der zuständigen Behörde bis zum Zinsfestlegungstag (ausschließlich), der unmittelbar auf den Maßgeblichen Zinsfestlegungstag folgt, die Schuldverschreibungen insgesamt, jedoch nicht teilweise, zum Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einschließlich etwaiger bis zum Rückzahlungstag (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen. Werden die Schuldverschreibungen nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen zurückgezahlt, so finden die Bestimmungen dieses § 3(8) in Bezug auf den unmittelbar folgenden Zinsfestlegungstag erneut Anwendung.

(9) Begriffsbestimmungen. Für die Zwecke dieser Bedingungen gelten folgende Begriffsbestimmungen:

"Anpassungsspanne" bezeichnet eine Spanne (die positiv oder negativ sein kein) oder die Formel oder Methodik zur Berechnung einer Spanne, der bzw. die nach Festlegung der Maßgeblichen Festlegenden Stelle in Bezug auf den maßgeblichen Ersatzzinssatz anzuwenden ist, um eine Übertragung von wirtschaftlichem Wert zwischen der Emittentin und den Gläubigern der Schuldverschreibungen soweit als mit vertretbarem Aufwand möglich zu verringern oder zu beseitigen, die eine Ersetzung des maßgeblichen Variablen Zinssatzes durch den Ersatzzinssatz ansonsten auslösen würde.

"Bildschirmseite" bezeichnet Reuters-Seiter EURIBOR01 oder die jeweilige Nachfolgeseite des betreffenden Dienstes oder eines anderen Dienstes, der zum Zweck der Anzeige des maßgeblichen Satzes als Informationsanbieter benannt wird.

"Ersatzzinssatz" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen Ersatz-, Alternativ- oder Nachfolgezinssatz (welcher auch, ohne Beschränkung hierauf, der Variable Zinssatz nach einer wesentlichen Änderung seiner Berechnungsmethodik sein kann), der mit Blick auf seine Funktion in den internationalen Kapitalmärkten einen geeigneten Ersatz für den Variablen Zinssatz darstellt. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Anpassungen" bezeichnet (a) solche Anpassungen der Bedingungen, die die Maßgebliche Festlegende Stelle nach ihrem billigen Ermessen festlegt, um der Anwendung des jeweiligen Ersatzzinssatzes Rechnung zu tragen (wobei diese, ohne Beschränkung hierauf, Anpassungen der geltenden Geschäftstagskonvention, der Definition von Geschäftstag, des Zinsfestlegungstages (der auf eine Zeit vor, während oder nach der Zinsperiode verschoben werden kann), des Zinstagequotienten, jeder Methodik oder Definition zum Erhalt oder zur Berechnung des Ersatzzinssatzes umfassen können) und (b) jede Anpassungsspanne, die auf den betreffenden Ersatzzinssatz Anwendung findet. Bei der Festlegung eines Ersatzzinssatzes hat die Maßgebliche Festlegende Stelle vorzugsweise (jedoch nicht hierauf beschränkt) alle Maßgeblichen Leitlinien zu beachten.

"Ersatzzinssatz-Festlegungstag" bezeichnet den ersten Tag, zu dem sowohl der jeweilige Ersatzzinssatz als auch etwaige maßgebliche Ersatzzinssatz-Anpassungen von der Maßgeblichen Festlegenden Stelle festgelegt sind.

"Festgelegte Endfälligkeit" bezeichnet drei Monate.

"Geschäftstag" bezeichnet einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Gross Settlement (TARGET2) System geöffnet ist.

"Maßgebliche Festlegende Stelle" bezeichnet in Bezug auf die (etwaige) Bestätigung des Eintritts eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes und die Festlegung eines Ersatzzinssatzes sowie maßgeblicher Ersatzzinssatz-Anpassungen die Berechnungsstelle oder einen Unabhängigen Berater, die bzw. den

die Emittentin nach der Feststellung eines Zinssatz-Ersetzungsgrundes mit diesen Feststellungen bzw. Festlegungen jeweils beauftragt, wobei im Falle, dass weder die Berechnungsstelle noch anderenfalls ein Unabhängiger Berater unter Aufwendung zumutbarer Anstrengungen zu wirtschaftlich vertretbaren Konditionen beauftragt werden kann, die Maßgebliche Festlegende Stelle die Emittentin ist, und wobei weiter gilt, dass im Falle, dass die Emittentin einen Unabhängigen Berater mit der Festlegung eines dem Ersatzzinssatz entsprechenden Zinssatzes sowie den Ersatzzinssatz-Anpassungen entsprechenden Anpassungen in Bezug auf sonstige Wertpapiere der Emittentin beauftragt hat und die Emittentin nach ihrem billigen Ermessen feststellt, dass diese Festlegungen als Ersatzzinssatz und Ersatzzinssatz-Anpassungen für die Schuldverschreibungen geeignet sind, die Emittentin nach ihrer Wahl die Maßgebliche Festlegende Stelle sein kann.

"Maßgebliche Leitlinien" bezeichnet (i) alle gesetzlichen oder aufsichtsrechtlichen Erfordernisse, die auf die Schuldverschreibungen oder die Emittentin Anwendung finden, oder, falls keine solchen bestehen, (ii) alle anwendbaren Erfordernisse, Empfehlungen oder Leitlinien einer Maßgeblichen Nominierungsstelle oder, falls keine solchen bestehen, (iii) alle maßgeblichen Empfehlungen oder Leitlinien von Branchenverbänden (einschließlich der International Swaps and Derivatives Association, Inc.) oder, falls keine solchen bestehen, (iv) alle einschlägigen Marktpraktiken.

#### "Maßgebliche Nominierungsstelle" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz:

- (a) die Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung oder eine Zentralbank oder sonstige Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes unterstellt ist; oder
- (b) eine Arbeitsgruppe oder einen Ausschuss, die bzw. der von (i) der Zentralbank für die Maßgebliche Zinssatzwährung, (ii) einer Zentralbank oder sonstigen Aufsichtsbehörde, deren Aufsicht entweder der Variable Zinssatz oder der Administrator des Variablen Zinssatzes untersteht, (iii) einer Gruppe der vorgenannten Zentralbanken oder sonstiger Aufsichtsbehörden oder (iv) dem Rat für Finanzstabilität (*Financial Stability Board*) oder einem Teil davon offiziell unterstützt oder gesponsert wird oder die bzw. der durch eine dieser Stellen oder Gruppen einberufen wird oder bei der bzw. dem eine solche den Vorsitz oder gemeinsamen Vorsitz führt.

"Maßgebliche Zinssatzwährung" bezeichnet die Währung, auf den sich der maßgebliche Variable Zinssatz bezieht.

Der "Referenzsatz" entspricht dem Satz (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der Festgelegten Währung mit einer Laufzeit bis zur Festgelegten Endfälligkeit, der um 11.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am Zinsfestlegungstag auf der Bildschirmseite angezeigt wird (3-Monats-EURIBOR) (der "Variable Zinssatz") oder, wenn die betreffende Bildschirmseite nicht zur Verfügung steht oder zu dem betreffenden Zeitpunkt kein Angebotssatz angezeigt wird, dem in Bezug auf den letzten vorangegangenen Zinsfestlegungstag angewandten Variablen Zinssatz oder falls es einen solchen nicht gab, dem in Bezug auf die letzte vorangegangene Zinsperiode angewandten Zinssatz.

"Unabhängiger Berater" bezeichnet ein unabhängiges, international anerkanntes Finanzinstitut oder einen anderweitig anerkannten unabhängigen Berater mit angemessener Qualifikation.

"Zinsbetrag" bezeichnet Zinsbetrag I beziehungsweise Zinsbetrag II.

"Zinsfestlegungstag" bezeichnet den zweiten Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode II.

"Zinssatz-Ersetzungsgrund" bezeichnet in Bezug auf einen Variablen Zinssatz einen der folgenden Umstände:

(a) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass er die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum

bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt;

- (b) der Administrator des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass eine wesentliche Änderung in der Berechnungsmethodik für den Variablen Zinssatz eingetreten ist oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums eintreten wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist;
- (c) die für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Aufsichtsbehörde, die Zentralbank der Maßgeblichen Zinssatzwährung, ein für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständiger Insolvenzverwalter, eine für den Administrator des Variablen Zinssatzes zuständige Abwicklungsbehörde oder ein Gericht oder eine Stelle mit ähnlicher Zuständigkeit im Falle der Insolvenz oder Abwicklung des Administrators des Variablen Zinssatzes gibt öffentlich bekannt oder veröffentlicht Informationen dahingehend, dass der Administrator des Variablen Zinssatzes die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit eingestellt hat oder innerhalb eines bestimmten Zeitraums dauerhaft oder auf unbestimmte Zeit einstellen wird, sofern ein etwaiger solcher Zeitraum bereits verstrichen ist und weiter vorausgesetzt, dass es im Zeitpunkt der Einstellung keinen Nachfolge-Administrator gibt, der die Bereitstellung des Variablen Zinssatzes fortsetzt; oder
- (d) es erfolgt eine Mitteilung der Emittentin an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12, dass die Verwendung des Variablen Zinssatzes für die Emittentin im Rahmen der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen aufgrund geltender gesetzlicher Bestimmungen, Verordnungen oder aufsichtsrechtlicher Erfordernisse (einschließlich der EU-Benchmark-Verordnung (Verordnung (EU) 2016/1011) in der jeweils geltenden Fassung) nicht länger zulässig ist.

"Zinstagequotient" bezeichnet Zinstagequotient I beziehungsweise Zinstagequotient II.

"Zinstagequotient I" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode I und in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum") die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, geteilt durch die tatsächliche Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode.

"Zinstagequotient II" bezeichnet in Bezug auf eine Zinsperiode II und in Bezug auf die Berechnung eines Zinsbetrags für einen Zinsberechnungszeitraum die tatsächliche Anzahl der Tage in dem Zinsberechnungszeitraum geteilt durch 360.

#### § 4 ZAHLUNGEN

- (1) (a) Zahlungen auf Kapital. Zahlungen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen erfolgen nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems gegen Vorlage und (außer im Fall von Teilzahlungen) Einreichung der die Schuldverschreibungen zum Zeitpunkt der Zahlung verbriefenden Globalurkunde bei der bezeichneten Geschäftsstelle des Fiscal Agent außerhalb der Vereinigten Staaten.
  - (b) Zahlung von Zinsen. Die Zahlung von Zinsen auf die Schuldverschreibungen erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems.

Die Zahlung von Zinsen auf Schuldverschreibungen, die durch die Vorläufige Globalurkunde verbrieft sind, erfolgt nach Maßgabe von Absatz (2) an das Clearing System oder dessen Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen Kontoinhaber des Clearing Systems, und zwar nach ordnungsgemäßer Bescheinigung gemäß § 1(3)(b).

(2) Zahlungsweise. Vorbehaltlich geltender steuerlicher oder sonstiger gesetzlicher Regelungen und

Vorschriften erfolgen auf die Schuldverschreibungen fällige Zahlungen in Euro.

- (3) Vereinigte Staaten. "Vereinigte Staaten" bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Besitzungen (einschließlich Puerto Ricos, der U.S. Virgin Islands, Guams, American Samoas, Wake Islands und der Northern Mariana Islands).
- (4) Erfüllung. Die Emittentin wird durch Leistung der Zahlung an das Clearing System oder dessen Order in Höhe des gezahlten Betrags von ihrer Zahlungspflicht befreit.
- (5) Zahlungsgeschäftstag. Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Zahlungsgeschäftstag ist, dann hat der Gläubiger der Schuldverschreibungen keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten Zahlungsgeschäftstag und ist auch nicht berechtigt, weitere Zinsen oder sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verspätung zu verlangen.
  - In diesem Zusammenhang bezeichnet "**Zahlungsgeschäftstag**" einen Tag (außer Samstag oder Sonntag), an dem das Clearing System und das Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System geöffnet sind und Zahlungen abwickeln.
- (6) Bezugnahmen auf Kapital. In diesen Bedingungen enthaltene Bezugnahmen auf Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen schließen, soweit zutreffend, folgende Beträge ein: den Rückzahlungsbetrag, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, den Wahlrückzahlungsbetrag (Call) sowie jeden Aufschlag und alle sonstigen auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen gegebenenfalls zahlbaren Beträge.
- (7) Hinterlegung von Kapital und Zinsen. Die Emittentin ist berechtigt, beim Amtsgericht Frankfurt am Main Kapital- oder Zinsbeträge zu hinterlegen, die von den Gläubigern der Schuldverschreibungen nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem jeweiligen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Gläubiger der Schuldverschreibungen sich nicht in Annahmeverzug befinden. Wenn und soweit eine solche Hinterlegung erfolgt und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Gläubiger der Schuldverschreibungen gegen die Emittentin.

#### § 5 RÜCKZAHLUNG

- (1) Rückzahlung bei Fälligkeit. Soweit nicht bereits zuvor zurückgezahlt oder zurückgekauft und entwertet, wird jede Schuldverschreibung zu ihrem Nennbetrag (der "Rückzahlungsbetrag") am in den Februar 2032 fallenden Zinszahltag (der "Fälligkeitstag") zurückgezahlt.
- (2) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.
  - (a) Die Emittentin kann nach einer Kündigung gemäß Unterabsatz (b) die zum jeweiligen Zeitpunkt ausstehenden Schuldverschreibungen insgesamt oder teilweise am Wahlrückzahlungstag (Call) zum Wahlrückzahlungsbetrag (Call), wie nachstehend angegeben, nebst etwaigen bis zum jeweiligen Wahlrückzahlungstag (Call) (ausschließlich) aufgelaufenen Zinsen zurückzahlen.

Wahlrückzahlungstag (Call): Wahlrückzahlungsbetrag (Call):

17. Februar 2031 Rückzahlungsbetrag

Die Ausübung dieses Wahlrechts der Emittentin ist von der vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde abhängig.

(b) Die Kündigung ist den Gläubigern der Schuldverschreibungen durch die Emittentin gemäß § 12 bekannt zu geben. Sie beinhaltet die folgenden Angaben:

- (i) Name und Kennnummern der Schuldverschreibungen,
- (ii) eine Erklärung, ob alle oder nur einige der Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden, und im letzteren Fall den Gesamtnennbetrag der zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen,
- (iii) den Wahlrückzahlungstag (Call), der nicht weniger als fünf Geschäftstage und nicht mehr als sechzig Geschäftstage nach dem Tag der Kündigung durch die Emittentin gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen liegen darf, und
- (iv) den Wahlrückzahlungsbetrag (Call), zu dem die Schuldverschreibungen zurückgezahlt werden.
- (c) Wenn die Schuldverschreibungen nur teilweise zurückgezahlt werden, werden die betreffenden Schuldverschreibungen frühestens 30 Tage vor dem Wahlrückzahlungstag (Call) in Übereinstimmung mit den Regeln des betreffenden Clearing Systems ausgewählt, wobei dies in den Unterlagen dieses Clearing Systems nach dessen Ermessen entweder als so genannter "pool factor" oder als Reduzierung des Nennbetrags zu vermerken ist.
- (3) Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag. Der vorzeitige Rückzahlungsbetrag einer Schuldverschreibung (der "Vorzeitige Rückzahlungsbetrag") entspricht dem Nennbetrag.

## § 6 BEAUFTRAGTE STELLEN

(1) Bestellung. Der Fiscal Agent und die Zahlstelle (die "Beauftragten Stellen" und jede eine "Beauftragte Stelle") und ihre jeweiligen Geschäftsstellen sind:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

**Trust & Agency Services** 

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Deutschland

(der "Fiscal Agent")

Zahlstelle: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Deutschland

(die " Zahlstelle")

Der Fiscal Agent handelt auch als Berechnungsstelle (die "Berechnungsstelle").

Jede Beauftragte Stelle behält sich das Recht vor, jederzeit ihre jeweiligen Geschäftsstellen durch eine andere Geschäftsstelle zu ersetzen.

Änderung der Bestellung oder Abberufung. Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Bestellung des Fiscal Agent, der Zahlstelle oder der Berechnungsstelle zu ändern oder zu beenden und einen anderen Fiscal Agent oder eine andere oder zusätzliche Zahlstellen oder eine andere Berechnungsstelle zu bestellen. Die Emittentin wird zu jedem Zeitpunkt (a) einen Fiscal Agent, (b) solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind, eine Zahlstelle (die der Fiscal Agent sein kann) mit einer Geschäftsstelle an einem solchen Ort, wie nach den Regeln der Börse oder den Vorschriften einer anderen maßgeblichen Behörde verlangt, und (c) eine Berechnungsstelle unterhalten. Eine Änderung, Abberufung, Bestellung

oder ein sonstiger Wechsel wird nur wirksam (außer im Insolvenzfall, in dem diese bzw. dieser sofort wirksam wird), sofern dies den Gläubigern der Schuldverschreibungen gemäß § 12 unter Einhaltung einer Frist von mindestens 30 und höchstens 45 Tagen vorab mitgeteilt worden ist.

(3) Beauftragte der Emittentin. Jede Beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen, und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und diesen Gläubigern begründet.

#### § 7 STEUERN

Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zu zahlenden Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von oder aufgrund von gegenwärtigen oder zukünftigen Steuern, Abgaben oder staatlichen Gebühren gleich welcher Art, die im Wege des Abzugs oder Einbehalts erhoben oder eingezogen werden, gezahlt, falls ein solcher Abzug oder Einbehalt gesetzlich vorgeschrieben ist (unter anderem gemäß einer in Sections 1471 bis 1474 des US-Bundessteuergesetzes (*United States Internal Revenue Code*) von 1986 (the "IRC"), sämtlicher darunter erlassenen Vorschriften oder Vereinbarungen, einschließlich einer Vereinbarung gemäß Section 1471(b) IRC, oder offiziellen Auslegungen dieser Bestimmungen ("FATCA") oder nach Maßgabe eines Gesetzes zur Umsetzung einer zwischenstaatlichen Vereinbarung in Bezug auf FATCA).

# § 8 VORLEGUNGSFRIST

Die in § 801 Absatz 1 Satz 1 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) bestimmte Vorlegungsfrist wird für die Schuldverschreibungen auf zehn Jahre abgekürzt.

#### § 9 ABWICKLUNGSMAßNAHMEN

- (1) Nach den für die Emittentin geltenden Abwicklungsvorschriften unterliegen die Schuldverschreibungen den Befugnissen der zuständigen Behörde,
  - (a) Ansprüche auf Zahlungen auf Kapital, von Zinsen oder sonstigen Beträgen ganz oder teilweise herabzuschreiben.
  - (b) diese Ansprüche in Anteile oder sonstige Instrumente des harten Kernkapitals (i) der Emittentin, (ii) eines gruppenangehörigen Unternehmens oder (iii) eines Brückeninstituts umzuwandeln und solche Instrumente an die Gläubiger auszugeben oder zu übertragen, und/oder
  - (c) sonstige Abwicklungsmaßnahmen anzuwenden, einschließlich (ohne Beschränkung) (i) einer Übertragung der Schuldverschreibungen auf einen anderen Rechtsträger, (ii) einer Änderung der Bedingungen der Schuldverschreibungen oder (iii) deren Löschung;

(jede eine "Abwicklungsmaßnahme").

- (2) Abwicklungsmaßnahmen, welche die Schuldverschreibungen betreffen, sind für die Gläubiger der Schuldverschreibungen verbindlich. Aufgrund einer Abwicklungsmaßnahme bestehen keine Ansprüche oder andere Rechte gegen die Emittentin. Insbesondere stellt die Anordnung einer Abwicklungsmaßnahme keinen Kündigungsgrund dar.
- (3) Dieser § 9 regelt ungeachtet anderslautender Vereinbarungen die hier beschriebenen Inhalte abschließend. Mit dem Erwerb der Schuldverschreibungen werden die in diesem § 9 beschriebenen Bedingungen akzeptiert.

## § 10 ERSETZUNG DER EMITTENTIN

- (1) Ersetzung. Die Emittentin (oder eine Gesellschaft, durch die diese zuvor bereits ersetzt wurde) ist jederzeit berechtigt, sofern sie sich nicht mit einer Zahlung von Kapital oder Zinsen auf die Schuldverschreibungen Verzug befindet, ohne Zustimmung der in Gläubiger der Schuldverschreibungen eine andere Gesellschaft an ihrer Stelle als Hauptschuldnerin (die "Nachfolgeschuldnerin") für alle Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen einzusetzen, sofern
  - (a) die Nachfolgeschuldnerin alle Zahlungsverpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt,
  - (b) die Nachfolgeschuldnerin alle erforderlichen Zustimmungen eingeholt hat und berechtigt ist, an den Fiscal Agent die zur Erfüllung der Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen aus den Schuldverschreibungen erforderlichen Beträge in der hierin festgelegten Währung zu zahlen,
  - (c) die Emittentin unwiderruflich und unbedingt gegenüber den Gläubigern der Schuldverschreibungen die Zahlung aller von der Nachfolgeschuldnerin auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge garantiert, und die Forderungen aus der Garantie den gleichen Rang haben wie die Forderungen aus den Schuldverschreibungen,
  - (d) die Anwendbarkeit der in § 9 beschriebenen Abwicklungsmaßnahmen gewährleistet ist, und
  - (e) eine Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zur Ersetzung vorliegt.

Die Emittentin ist berechtigt, die Niederlassung, durch die sie für die Zwecke dieser Schuldverschreibungen tätig ist, durch Mitteilung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen gemäß § 12 zu ändern, wobei in dieser Mitteilung der Tag dieser Änderung anzugeben ist und keine Änderung ohne eine entsprechende vorherige Mitteilung vorgenommen werden kann.

- (2) Mitteilung. Jede Ersetzungsmitteilung ist gemäß § 12 zu veröffentlichen.
- (3) Änderung von Bezugnahmen. Im Fall einer Ersetzung gilt jede Bezugnahme in diesen Bedingungen auf die Emittentin ab dem Zeitpunkt der Ersetzung als Bezugnahme auf die Nachfolgeschuldnerin und jede Bezugnahme auf den Staat, in dem die Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, gilt ab diesem Zeitpunkt als Bezugnahme auf den Staat, in dem die Nachfolgeschuldnerin ihren Sitz oder Steuersitz hat.

# § 11 BEGEBUNG WEITERER SCHULDVERSCHREIBUNGEN, RÜCKKAUF UND ENTWERTUNG

- (1) Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit ohne die Zustimmung der Gläubiger der Schuldverschreibungen weitere Schuldverschreibungen mit gleicher Ausstattung (oder gegebenenfalls mit gleicher Ausstattung mit Ausnahme des Begebungstags, des Betrags und des Tages der ersten Zinszahlung und/oder des Beginns des Zinslaufs) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) Rückkauf und Entwertung. Die Emittentin ist berechtigt, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde zurückzukaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder zur Entwertung beim Fiscal Agent eingereicht werden.

#### § 12 MITTEILUNGEN

(1) Veröffentlichung. Vorbehaltlich der Bestimmungen des nachstehenden Absatzes (2) sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Jede derartige Mitteilung gilt am dritten Tag nach dem Tag ihrer Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am dritten Tag nach dem Tag der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

Wenn und solange die Schuldverschreibungen an der Luxemburger Börse zum Handel am geregelten Markt zugelassen sind und soweit die Regeln der Luxemburger Börse dies verlangen, sind alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen auch in elektronischer Form auf der Internetseite der Luxemburger Börse (www.bourse.lu) zu veröffentlichen.

(2) Mitteilung an das Clearing System. Die Emittentin kann alle die Schuldverschreibungen betreffenden Mitteilungen an das Clearing System zur Weiterleitung an die Gläubiger der Schuldverschreibungen übermitteln. Eine solche Mitteilung an das Clearing System ersetzt die Veröffentlichung nach vorstehendem Absatz (1), sofern die Veröffentlichung von Mitteilungen gemäß Absatz (1) rechtlich (einschließlich aufgrund anwendbarer Börsenregeln) nicht erforderlich ist. Jede derartige Mitteilung gilt am siebten Tag nach dem Tag, an dem diese Mitteilung an das maßgebliche Clearing System erfolgt ist, als den Gläubigern der Schuldverschreibungen mitgeteilt.

## § 13 VERSAMMLUNGEN DER GLÄUBIGER DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

- (1) Beschlussgegenstände. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können, mit einer vorherigen Zustimmung der hierfür zuständigen Behörde gemäß dem Schuldverschreibungsgesetz durch Mehrheitsbeschluss die Emissionsbedingungen ändern, einen gemeinsamen Vertreter aller Gläubiger der Schuldverschreibungen bestellen und über alle anderen gesetzlich zugelassenen Beschlussgegenstände beschließen.
- (2) Mehrheitserfordernisse für Änderungen der Bedingungen. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen entscheiden mit einer Mehrheit von 75 % (Qualifizierte Mehrheit) der an der Abstimmung teilnehmenden Stimmrechte über wesentliche Änderungen der Bedingungen, insbesondere die in § 5(3) Schuldverschreibungsgesetz aufgeführten Maßnahmen. Beschlüsse, durch die der wesentliche Inhalt der Bedingungen nicht geändert wird, bedürfen zu ihrer Wirksamkeit einer einfachen Mehrheit von mindestens 50 % der teilnehmenden Stimmrechte. Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen nimmt an Abstimmungen nach Maßgabe des Nennwerts oder des rechnerischen Anteils seiner Berechtigung an den ausstehenden Schuldverschreibungen teil.
- (3) Beschlussfassung. Beschlüsse der Gläubiger der Schuldverschreibungen werden im Wege einer Abstimmung ohne Versammlung nach § 18 Schuldverschreibungsgesetz getroffen.
- (4) Nachweise. Gläubiger der Schuldverschreibungen haben die Berechtigung zur Teilnahme an der Abstimmung zum Zeitpunkt der Stimmabgabe durch besonderen Nachweis der Depotbank gemäß § 14(3)(i) dieser Bedingungen und die Vorlage eines Sperrvermerks der Depotbank, der für den Abstimmungszeitraum gilt, nachzuweisen.
- (5) Gemeinsamer Vertreter. Die Gläubiger der Schuldverschreibungen können durch Mehrheitsbeschluss zur Wahrnehmung ihrer Rechte einen gemeinsamen Vertreter (der "Gemeinsame Vertreter") für alle Gläubiger bestellen oder diesen abberufen, die Aufgaben und Befugnisse des Gemeinsamen Vertreters festlegen, Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen auf den Gemeinsamen Vertreter übertragen und die Beschränkung der Haftung des Gemeinsamen Vertreters bestimmen. Die Bestellung eines Gemeinsamen Vertreters bedarf einer Qualifizierten Mehrheit (siehe vorstehenden Absatz (2)), wenn er ermächtigt wird, wesentlichen Änderungen der Bedingungen zuzustimmen.

# § 14 ANWENDBARES RECHT, GERICHTSSTAND UND GERICHTLICHE GELTENDMACHUNG

- (1) Anwendbares Recht. Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die Rechte und Pflichten der Gläubiger der Schuldverschreibungen und der Emittentin bestimmen sich in jeder Hinsicht nach deutschem Recht.
- (2) Gerichtsstand. Nicht ausschließlicher Gerichtsstand für sämtliche Klagen und sonstige Verfahren ("Rechtsstreit") ist Frankfurt am Main.
- (3) Gerichtliche Geltendmachung. Jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen ist berechtigt, in jedem Rechtsstreit gegen die Emittentin oder in jedem Rechtsstreit, in dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen und die Emittentin Partei sind, seine Rechte aus diesen Schuldverschreibungen im eigenen Namen auf der folgenden Grundlage zu schützen oder geltend zu machen:
  - (i) indem er eine Bescheinigung der Depotbank beibringt, bei der er für die Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot unterhält, welche
    - den vollständigen Namen und die vollständige Adresse des Gläubigers der Schuldverschreibungen enthält,
    - (b) den Gesamtnennbetrag der Schuldverschreibungen bezeichnet, die zum Datum der Bescheinigung auf dem Wertpapierdepot verbucht sind, und
    - (c) bestätigt, dass die Depotbank gegenüber dem maßgeblichen Clearing System eine schriftliche Erklärung bezüglich der Absicht des Gläubigers der Schuldverschreibungen, seine Ansprüche unmittelbar geltend zu machen, abgegeben hat, (A) die die vorstehend unter (a) und (b) bezeichneten Informationen enthält, (B) deren Empfang vom Clearing System bestätigt wurde, und (C) die vom Clearing System an die Depotbank zurückgeschickt wurde, und
  - (ii) indem er eine Kopie der die betreffenden Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde beibringt, deren Übereinstimmung mit dem Original eine vertretungsberechtigte Person des Clearing Systems oder des Verwahrers des Clearing Systems bestätigt hat, ohne dass eine Vorlage der Originalbelege oder der die Schuldverschreibungen verbriefenden Globalurkunde in einem solchen Verfahren erforderlich wäre.

Für die Zwecke des Vorstehenden bezeichnet "**Depotbank**" jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der Gläubiger der Schuldverschreibungen ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des Clearing Systems. Unbeschadet des Vorstehenden kann jeder Gläubiger der Schuldverschreibungen seine Rechte aus den Schuldverschreibungen auch auf jede andere Weise schützen oder geltend machen, die in dem Land, in dem der Rechtsstreit geführt wird, prozessual zulässig ist.

#### § 15 SPRACHE

Diese Bedingungen sind in deutscher Sprache abgefasst. Eine Übersetzung in die englische Sprache ist beigefügt. Der deutsche Text ist bindend und maßgeblich. Die Übersetzung in die englische Sprache ist unverbindlich.

This Series of Notes (the "Securities") is issued pursuant to an Agency Agreement dated 19 June 2020 (as such agreement may be amended and/or supplemented and/or restated from time to time, the "Agency Agreement") between, *inter alia*, Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Issuer and Deutsche Bank Aktiengesellschaft as Fiscal Agent and the other parties named therein. Copies of the Agency Agreement may be obtained free of charge at the specified office of the Fiscal Agent, at the specified office of any Paying Agent and at the head office of the Issuer.

# § 1 CURRENCY, DENOMINATION, FORM, CERTAIN DEFINITIONS

- (1) Currency and Denomination. This Series of Securities is issued by Deutsche Bank Aktiengesellschaft (the "Issuer") in Euro (the "Specified Currency") in the aggregate principal amount of Euro 1,500,000,000 (in words: Euro one billion five hundred million) in a denomination of Euro 100,000 (the "Specified Denomination").
- (2) Form. The Securities are being issued in bearer form.
- (3) Temporary Global Security Exchange.
  - (a) The Securities are initially represented by a temporary global security (the "Temporary Global Security") without coupons or receipts. The Temporary Global Security will be exchangeable for a permanent global security (the "Permanent Global Security", and together with the Temporary Global Security, the "Global Securities" and each a "Global Security") without interest coupons or receipts. The Temporary Global Security and the Permanent Global Security shall be signed by or on behalf of the Issuer and shall be authenticated by or on behalf of the Fiscal Agent with a control signature. Definitive Securities and interest coupons will not be issued.
  - (b) The Temporary Global Security shall be exchanged for the Permanent Global Security on a date (the "Exchange Date") not later than 180 days after the date of issue of the Temporary Global Security. The Exchange Date for such exchange will not be earlier than 40 days after the date of issue of the Temporary Global Security. Such exchange shall only be made to the extent that certifications have been delivered to the effect that the beneficial owner or owners of the Securities represented by the Temporary Global Security is not a U.S. person or are not U.S. persons (other than certain financial institutions or certain persons holding Securities through such financial institutions). Payments of interest on Securities represented by a Temporary Global Security will be made only after delivery of such certifications. A separate certification shall be required in respect of each such payment of interest. Any such certification received on or after the 40th day after the date of issue of the Temporary Global Security will be treated as a request to exchange the Temporary Global Security pursuant to this sub-paragraph (b) of this paragraph (3). Any securities delivered in exchange for the Temporary Global Security shall be delivered only outside of the United States (as defined in § 4(3)).
- (4) Clearing System. Each Global Security will be kept in custody by or on behalf of a Clearing System until, in case of the Permanent Global Security, all obligations of the Issuer under the Securities have been satisfied. "Clearing System" means the following: Clearstream Banking AG, Mergenthalerallee 61, 65760 Eschborn, Germany ("CBF") and any successor in such capacity.
- (5) Securityholder. "Securityholder" means, in respect of Securities deposited with any Clearing System or other central securities depositary, any holder of a proportionate co-ownership interest or another comparable right in the Securities so deposited.
- (6) References. References in these Conditions to the "**Securities**" include (unless the context otherwise requires) references to any global security representing the Securities. References herein to "**Terms**

and Conditions" or "Conditions" shall be references to these Terms and Conditions of the Securities.

#### § 2 STATUS

- (1) The Securities are intended to qualify as eligible liabilities within the meaning of Articles 72a and 72b(2) of Regulation (EU) No. 575/2013 as supplemented or amended from time to time (Capital Requirements Regulation, "CRR") for the minimum requirement for own funds and eligible liabilities of the Issuer.
- (2) The obligations under the Securities constitute unsecured and unsubordinated non-preferred obligations of the Issuer under debt instruments within the meaning of § 46f(6) sentence 1 of the German Banking Act (*Kreditwesengesetz*, "**KWG**") (*Schuldtitel*) or any successor provision. The obligations rank *pari passu* among themselves and with all other unsecured and unsubordinated non-preferred obligations under debt instruments of the Issuer within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision.

In accordance with § 46f(5) KWG, in the event of resolution measures being imposed on the Issuer or in the event of the dissolution, liquidation, insolvency, composition or other proceedings for the avoidance of insolvency of, or against the Issuer, the obligations under the Securities shall rank behind the claims of unsubordinated creditors of the Issuer not qualifying as obligations within the meaning of § 46f(6) sentence 1 KWG (also in conjunction with § 46f(9) KWG) or any successor provision; this includes eligible liabilities within the meaning of Article 72b(2) CRR where point (d) of such Article does not apply. In any such event, no amounts shall be payable in respect of the Securities until the claims of such other unsubordinated creditors of the Issuer have been satisfied in full.

- (3) In accordance with § 10(5) KWG, no Securityholder may set off its claims arising under the Securities against any claims of the Issuer. No collateral or guarantee shall be provided at any time to secure claims of the Securityholders under the Securities; any collateral or guarantee already provided or granted in the future in connection with other liabilities of the Issuer may not be used for claims under the Securities.
- (4) No subsequent agreement may enhance the seniority of the obligations pursuant to § 2(2) or shorten the term of the Securities or any applicable notice period. Any redemption, repurchase or termination of the Securities prior to their scheduled maturity is subject to the prior approval of the competent authority. If the Securities are redeemed or repurchased otherwise than (i) in the circumstances described in § 2(2) or (ii) as a result of a redemption or repurchase as set forth in the Conditions, then the amounts paid must be returned to the Issuer irrespective of any agreement to the contrary.

#### § 3 INTEREST

(1) Determination of Interest and Interest Periods. Each Security bears interest from (and including) 17 February 2021 (the "Interest Commencement Date") to (but excluding) 17 February 2031 (the "Interest Rate Change Date") at the Rate of Interest I. Each Security bears interest from (and including) the Interest Rate Change Date to (but excluding) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) at the Rate of Interest II.

"Rate of Interest I" means 1.375 per cent. per annum.

"Rate of Interest II" means the Reference Rate plus 1.50 per cent. per annum (the "Margin").

The rate of interest (the "Rate of Interest") for each Interest Period shall be the relevant Rate of Interest I or Rate of Interest II, as applicable, for such Interest Period.

Interest will accrue in respect of each Rate of Interest I Period and each Rate of Interest II Period and

each such period will constitute an "Interest Period".

"Rate of Interest I Period" means the period from (and including) the Interest Commencement Date to (but excluding) the first Interest Payment Date I and thereafter from (and including) each Interest Payment Date I to (but excluding) the next following Interest Payment Date I to (but excluding) the Interest Rate Change Date.

"Rate of Interest II Period" means the period from (and including) the Interest Rate Change Date to (but excluding) the first Interest Payment Date II and thereafter from (and including) each Interest Payment Date II to (but excluding) the next following Interest Payment Date II. If there is no numerically corresponding day in the calendar month in which an Interest Payment Date II should occur or if any Interest Payment Date II would otherwise fall on a day which is not a Business Day, then such Interest Payment Date II shall be postponed to the next day which is a Business Day unless it would thereby fall into the next calendar month, in which event such Interest Payment Date II shall be brought forward to the immediately preceding Business Day (Modified Following Business Day Convention).

- (2) Interest Payment Dates.
  - (a) Up to (and including) the Interest Rate Change Date interest will be payable in arrear on 17 February in each year, commencing on 17 February 2022 (each such date, an "Interest Payment Date I").
  - (b) From the Interest Rate Change Date and up to (and including) the Maturity Date (as defined in § 5(1)) interest will be payable quarterly in arrear on 17 May 2031, 17 August 2031, 17 November 2031 and 17 February 2032 (each such date, an "Interest Payment Date II").
- (3) Accrual of Interest. The Securities shall cease to bear interest from the expiry of the day preceding the day on which they are due for redemption, unless redemption is improperly withheld or refused. If the Issuer shall fail to redeem each Security when due, interest shall continue to accrue on the outstanding aggregate principal amount of such Security from (and including) the due date for redemption to (but excluding) the expiry of the day preceding the day of the actual redemption of the Securities at the default rate of interest established by law (the default rate of interest established by law is five percentage points above the basic rate of interest published by Deutsche Bundesbank from time to time, §§ 288(1), 247 German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch) and does not preclude claims for damages if these are higher).
- (4) Interest Amount.
  - (a) The amount of interest payable on each Interest Payment Date I in respect of the Rate of Interest I Period ending on (but excluding) such Interest Payment Date I, will amount to Euro 1,375 (the "Interest Amount I") per Security.
  - (b) The amount of interest payable on each Interest Payment Date II in respect of a Rate of Interest II Period ("Interest Amount II") will amount in respect of the aggregate outstanding principal amount of the Securities to an amount calculated by applying the Rate of Interest II and the Day Count Fraction II (as defined below) to the aggregate outstanding principal amount of the Securities represented by the Global Security and rounding the resultant figure to the nearest sub-unit of the Specified Currency, with 0.5 of a sub-unit being rounded upwards or otherwise in accordance with applicable market convention.
- (5) Calculations and Determinations. Unless otherwise specified in this § 3, all calculations and determinations made pursuant to this § 3 shall be made by the Calculation Agent. The Calculation Agent will, on or as soon as practicable after each time at which the Rate of Interest is to be determined, determine the Rate of Interest.
- (6) Notification of Rate of Interest and Interest Amount. The Calculation Agent will cause Rate of Interest II and each Interest Amount II for each Interest Period II to be notified to the Issuer, the Paying Agent and to the Securityholders in accordance with § 12 and if required by the rules of any stock exchange

on which the Securities are from time to time admitted to trading, to such stock exchange, as soon as possible after their determination, but in no event later than the fourth Business Day thereafter. Each Interest Amount II and Rate of Interest II so notified may subsequently be amended (or appropriate alternative arrangements made by way of adjustment) without notice in the event of an extension or shortening of the relevant Interest Period. Any such amendment will be promptly notified to any relevant Clearing System, any stock exchange on which the Securities are then admitted to trading and to the Securityholders in accordance with § 12.

- (7) Determinations Binding. All certificates, communications, opinions, determinations, calculations, quotations and decisions given, expressed, made or obtained for the purposes of the provisions of this § 3 by the Calculation Agent, any Independent Adviser or the Issuer shall (in the absence of manifest error) be binding on the Issuer, the Fiscal Agent, the Paying Agents and the Securityholders.
- (8) Rate Replacement. If the Issuer determines that a Rate Replacement Event has occurred in respect of a Floating Rate on or prior to an Interest Determination Day (the "Relevant Interest Determination Day"), the Relevant Determining Party shall, provided that it confirms the occurrence of such Rate Replacement Event to the Issuer (where the Relevant Determining Party is not the Issuer), determine in its reasonable discretion (i) a Replacement Rate for the relevant Floating Rate and (ii) Replacement Rate Adjustments and promptly inform the Issuer and the Calculation Agent (in each case if not the Relevant Determining Party) of its determinations.

The Replacement Rate (if any) so determined, subject to the application of the Adjustment Spread as set out herein, shall replace the relevant Floating Rate and these Conditions shall be furthermore modified by the Replacement Rate Adjustments so determined for the purposes of determining the Rate of Interest in each case for the Interest Period related to the Interest Determination Day falling on or, if none, immediately following the Replacement Rate Determination Date and each Interest Period thereafter (subject to the subsequent occurrence of a Rate Replacement Event in respect of the Replacement Rate). The Issuer shall give notice to the Securityholders in accordance with § 12 of the Replacement Rate and the Replacement Rate Adjustments as soon as practicable after the Replacement Rate Determination Date and shall request the Clearing System to attach the documents submitted to the Global Note in an appropriate manner to reflect the modification of the Conditions.

If a Replacement Rate, any necessary Adjustment Spread and all other relevant Replacement Rate Adjustments are not determined in accordance with the foregoing, the Issuer may, on giving at least 15 Business Days notice to the Securityholders in accordance with § 12, and subject to the prior approval of the competent authority, up until (but excluding) the Interest Determination Day immediately following the Relevant Interest Determination Day, redeem all but not some only of the Securities at the Early Redemption Amount together with interest accrued to (but excluding) the date of redemption. If the Securities are not redeemed in accordance with the foregoing, the provisions of this § 3 (8) shall apply again in respect of such immediately following Interest Determination Day.

(9) Definitions. For the purposes of these Conditions the following definitions apply:

"Business Day" means a day (other than Saturday or Sunday) on which the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System is open.

"Day Count Fraction" means Day Count Fraction I or Day Count Fraction II, as applicable.

"Day Count Fraction I" means, in respect of a Rate of Interest I Period, and in respect of the calculation of an amount of interest for any period of time (the "Accrual Period") the actual number of days in the Accrual Period divided by the actual number of days in the respective Interest Period.

"Day Count Fraction II" means, in respect of a Rate of Interest II Period, and in respect of the calculation of an amount of interest for any Accrual Period the actual number of days in the Accrual Period divided by 360.

"Adjustment Spread" means a spread (which may be positive or negative), or the formula or methodology for calculating a spread, which the Relevant Determining Party determines is required to

be applied to the relevant Replacement Rate to reduce or eliminate, to the extent reasonably practicable, any transfer of economic value between the Issuer and the Securityholders that would otherwise arise as a result of the replacement of the relevant Floating Rate with the Replacement Rate.

"Designated Maturity" means three months.

"Independent Adviser" means an independent financial institution of international repute or an independent adviser otherwise of recognised standing and with appropriate expertise.

"Interest Amount" means an Interest Amount I or an Interest Amount II, as applicable.

"Interest Determination Day" means the second Business Day prior to the commencement of the relevant Rate of Interest Period II.

"Interest Payment Date" means an Interest Payment Date I or an Interest Payment Date II, as applicable.

"Rate Replacement Event" means, with respect to a Floating Rate:

- (a) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that it has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate;
- (b) a public statement or publication of information by the administrator of the Floating Rate that a material change in the methodology of calculating the Floating Rate has occurred or will within a specified period occur, provided that, where applicable, such period of time has lapsed;
- (c) a public statement or publication of information by the regulatory supervisor for the administrator of the Floating Rate, the central bank for the Relevant Rate Currency, an insolvency official with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate, a resolution authority with jurisdiction over the administrator for the Floating Rate or a court or an entity with similar insolvency or resolution authority over the administrator for the Floating Rate, which states that the administrator of the Floating Rate has ceased or will within a specified period of time cease to provide the Floating Rate permanently or indefinitely, provided that, where applicable, such period of time has lapsed, and provided further that at the time of cessation there is no successor administrator that will continue to provide the Floating Rate; or
- (d) a notice by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12 that it is no longer permitted under applicable laws, regulations or supervisory requirements to use the Floating Rate in the performance of its obligations under the Securities (including, without limitation, under the EU Benchmark Regulation (Regulation (EU) 2016/1011), as amended from time to time, if applicable).

"Reference Rate" means the rate (expressed as a percentage rate *per annum*) for deposits in the Specified Currency for the Designated Maturity which appears on the Screen Page as of 11:00 a.m. (Brussels time) (3-months EURIBOR) (the "Floating Rate") on the Interest Determination Day or, if the relevant Screen Page is not available or if no such quotation appears as at such time, the Floating Rate applied in respect of the last preceding Interest Determination Day or, if none, the Rate of Interest in respect of the last preceding Interest Period.

"Relevant Determining Party" means, with respect to confirming the occurrence of a Rate Replacement Event (as applicable) and determining a Replacement Rate and relevant Replacement Rate Adjustments, the Calculation Agent or an Independent Adviser, which in either case the Issuer appoints as its agent after a Rate Replacement Event has been determined to make such determinations; provided that if, using reasonable endeavours, neither the Calculation Agent nor, failing which, an Independent Adviser can be so appointed on commercially reasonable terms, the

Relevant Determining Party will be the Issuer; and provided further that if the Issuer has appointed an Independent Adviser to determine an equivalent rate to the Replacement Rate and equivalent adjustments to the Replacement Rate Adjustments for any other securities of the Issuer and the Issuer determines in its reasonable discretion such determinations would be appropriate to apply as the Replacement Rate and Replacement Rate Adjustments under the Securities, the Issuer may elect to be the Relevant Determining Party.

"Relevant Guidance" means (i) any legal or supervisory requirement applicable to the Securities or the Issuer or, if none, (ii) any applicable requirement, recommendation or guidance of a Relevant Nominating Body or, if none, (iii) any relevant recommendation or guidance by industry bodies (including by the International Swaps and Derivatives Association, Inc.) or, if none, (iv) any relevant market practice.

#### "Relevant Nominating Body" means, in respect of a Floating Rate:

- (a) the central bank for the Relevant Rate Currency, or any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate; or
- (b) any working group or committee officially endorsed, sponsored or convened by or chaired or co-chaired by (i) the central bank for the Relevant Rate Currency, (ii) any central bank or other supervisor which is responsible for supervising either the Floating Rate or the administrator of the Floating Rate, (iii) a group of the aforementioned central banks or other supervisors or (iv) the Financial Stability Board or any part thereof.

"Relevant Rate Currency" means the currency to which the relevant Floating Rate relates.

"Replacement Rate" means, in respect of a Floating Rate, a substitute, alternative, or successor rate (which may be, without limitation, the Floating Rate following a material change in its methodology of calculation), which in its function in the international capital markets constitutes an appropriate replacement for the Floating Rate. In determining a Replacement Rate the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Adjustments" means (a) such adjustments to the Conditions as the Relevant Determining Party determines in its reasonable discretion appropriate to reflect the operation of the relevant Replacement Rate (which may include, without limitation, adjustments to the applicable Business Day Convention, the definition of Business Day, the Interest Determination Day (to any day before, during or after the Interest Period), the Day Count Fraction, any methodology or definition for obtaining or calculating the Replacement Rate) and (b) any Adjustment Spread to apply to the relevant Replacement Rate. In determining any Replacement Rate Adjustments the Relevant Determining Party shall, preferentially but without limitation, take into account any Relevant Guidance.

"Replacement Rate Determination Date" means the first day as of which both the relevant Replacement Rate and any relevant Replacement Rate Adjustments have been determined by the Relevant Determining Party.

"Screen Page" means Reuters Page EURIBOR01 or the relevant successor page on that service or on any other service as may be nominated as information vendor for the purposes of displaying the relevant rate.

# § 4 PAYMENTS

(1) Payment of Principal. Payment of principal in respect of the Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System upon presentation and (except in case of partial payment) surrender of the Global Security representing the Securities at the time of

payment at the specified office of the Fiscal Agent outside the United States.

(b) Payment of Interest. Payment of interest on Securities shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System.

Payment of interest on Securities represented by the Temporary Global Security shall be made, subject to paragraph (2), to the Clearing System or to its order for credit to the accounts of the relevant account holders of the Clearing System, upon due certification as provided in § 1(3)(b).

- (2) *Manner of Payment.* Subject to applicable fiscal and other laws and regulations, payments of amounts due in respect of the Securities shall be made in Euro.
- (3) United States. "United States" means the United States of America (including the States thereof and the District of Columbia) and its possessions (including Puerto Rico, the U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island and Northern Mariana Islands).
- (4) *Discharge.* The Issuer shall be discharged by payment to, or to the order of, the Clearing System in respect of the amount so paid.
- (5) Payment Business Day. If the date for payment of any amount in respect of any Security is not a Payment Business Day then the Securityholder shall not be entitled to payment until the next following Payment Business Day and shall not be entitled to further interest or other payment in respect of such delay.

For these purposes, "Payment Business Day" means any day (other than Saturday or Sunday) on which the Clearing System and the Trans European Automated Real-time Gross Settlement Express Transfer (TARGET2) System are open and settle payments.

- (6) References to Principal. References in these Conditions to principal in respect of the Securities shall be deemed to include, as applicable: the Redemption Amount, the Early Redemption Amount, the Call Redemption Amount and any premium and any other amounts which may be payable under or in respect of the Securities.
- (7) Deposit of Principal and Interest. The Issuer may deposit with the local court (Amtsgericht) in Frankfurt am Main principal or interest not claimed by Securityholders within twelve months after the relevant due date, even though such Securityholders may not be in default of acceptance of payment. If and to the extent that the deposit is effected and the right of withdrawal is waived, the respective claims of such Securityholders against the Issuer shall cease.

# § 5 REDEMPTION

- (1) Redemption at Maturity. Unless previously redeemed, or repurchased and cancelled, each Security shall be redeemed at its principal amount (the "Redemption Amount") on the Interest Payment Date falling in Februray 2032 (the "Maturity Date").
- (2) Early Redemption at the Option of the Issuer.
  - (a) The Issuer may, upon notice given in accordance with sub-paragraph (b), redeem all or some only of the Securities then outstanding on the Call Redemption Date at the Call Redemption Amount set forth below together with accrued interest, if any, to (but excluding) the relevant Call Redemption Date.

Call Redemption Date: Call Redemption Amount:

17 February 2031 Redemption Amount

Exercise of such option of the Issuer shall be subject to the prior approval of the competent authority.

- (b) Notice of redemption shall be given by the Issuer to the Securityholders in accordance with § 12. Such notice shall specify:
  - (i) name and securities identification numbers of the Securities;
  - (ii) whether all or some only of the Securities are to be redeemed and, if in part only, the aggregate principal amount of the Securities which are to be redeemed;
  - (iii) the Call Redemption Date, which shall not be less than five Business Days nor more than sixty Business Days after the date on which notice is given by the Issuer to the Securityholders; and
  - (iv) the Call Redemption Amount at which such Securities are to be redeemed.
- (c) In case of a partial redemption of Securities, Securities to be redeemed shall be selected not more than 30 days prior to the Call Redemption Date in accordance with the rules of the relevant Clearing System to be reflected in the records of such Clearing System as either a pool factor or a reduction in principal amount, at its discretion.
- (3) Early Redemption Amount. The early redemption amount of a Security (the "Early Redemption Amount") shall be equal to its principal amount.

#### § 6 AGENTS

(1) Appointment. The Fiscal Agent and the Paying Agent (the "Agents" and each an "Agent") and their respective offices are:

Fiscal Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services
Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Germany

(the "Fiscal Agent")

Paying Agent: Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Trust & Agency Services

Taunusanlage 12

60325 Frankfurt am Main

Germany

(the "Paying Agent").

The Fiscal Agent shall also act as Calculation Agent (the "Calculation Agent").

Each Agent reserves the right at any time to change its respective offices to some other offices.

- (2) Variation or Termination of Appointment. The Issuer reserves the right at any time to vary or terminate the appointment of the Fiscal Agent, the Paying Agent or the Calculation Agent and to appoint another fiscal agent or another or additional paying agents or another calculation agent. The Issuer shall at all times maintain (a) a fiscal agent, (b) so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange, a paying agent (which may be the Fiscal Agent) with an office in such place as may be required by the rules of such stock exchange (or any other relevant authority), and (c) a calculation agent. Any variation, termination, appointment or change shall only take effect (other than in case of insolvency, when it shall be of immediate effect) after not less than 30 nor more than 45 days' prior notice thereof shall have been given to the Securityholders in accordance with § 12.
- (3) Agents of the Issuer. Each Agent acts solely as agent of the Issuer and does not have any obligations towards, or relationship of agency or trust with any Securityholder.

#### § 7

All amounts payable in respect of the Securities shall be made with such deduction or withholding for or on account of any present or future taxes, duties or governmental charges of any nature whatsoever imposed or levied by way of deduction or withholding, if such deduction or withholding is required by law (including pursuant to Sections 1471 through 1474 of the U.S. Internal Revenue Code of 1986 (the "Code"), any regulations or agreements thereunder, including any agreement pursuant to Section 1471(b) of the Code, or official interpretations thereof ("FATCA") or pursuant to any law implementing an intergovernmental approach to FATCA).

### § 8 PRESENTATION PERIOD

The presentation period provided in § 801(1), sentence 1 German Civil Code (*Bürgerliches Gesetzbuch*) is reduced to ten years for the Securities.

# § 9 RESOLUTION MEASURES

- (1) Under the relevant resolution laws and regulations as applicable to the Issuer from time to time, the Securities may be subject to the powers exercised by the competent resolution authority to:
  - (a) write down, including write down to zero, the claims for payment of the principal amount, the interest amount or any other amount in respect of the Securities;
  - (b) convert these claims into ordinary shares of (i) the Issuer or (ii) any group entity or (iii) any bridge bank or other instruments of ownership qualifying as common equity tier 1 capital (and issue or confer on the Securityholders such instruments); and/or
  - (c) apply any other resolution measure, including, but not limited to, (i) any transfer of the Securities to another entity, (ii) the amendment, modification or variation of the Terms and Conditions or (iii) the cancellation of the Securities,

#### (each, a "Resolution Measure").

- (2) The Securityholders shall be bound by any Resolution Measure. No Securityholder shall have any claim or other right against the Issuer arising out of any Resolution Measure. In particular, the exercise of any Resolution Measure shall not constitute an event of default.
- (3) By its acquisition of the Securities, each Securityholder acknowledges and accepts the measures and

effects according to the preceding paragraphs and that this § 9 is exhaustive on the matters described herein to the exclusion of any other agreements, arrangements or understandings between the Securityholder and the Issuer relating to the subject matter of these Terms and Conditions.

#### § 10 SUBSTITUTION OF THE ISSUER

- (1) Substitution. The Issuer (or any previously substituted company) may, without the consent of the Securityholders, if no payment of principal or of interest on any of the Securities is in default, at any time substitute for the Issuer any other company as principal debtor in respect of all obligations arising from or in connection with the Securities (the "Substitute Debtor") provided that:
  - the Substitute Debtor assumes all payment obligations arising from or in connection with the Securities;
  - (b) the Substitute Debtor has obtained all necessary authorisations and may transfer to the Fiscal Agent in the currency required hereunder all amounts required for the fulfilment of the payment or delivery obligations arising under the Securities;
  - (c) the Issuer irrevocably and unconditionally guarantees in favour of each Securityholder the payment of all sums payable by the Substitute Debtor in respect of the Securities and claims under the guarantee have the same rank as claims under the Securities;
  - (d) the applicability of Resolution Measures described in § 9 is ensured; and
  - (e) the substitution has been approved by the competent authority.

The Issuer shall have the right upon giving notice to the Securityholders in accordance with § 12 to change the office (*Niederlassung*) through which it is acting for the purpose of the Securities, the date of such change to be specified in such notice provided that no change can take place prior to the giving of such notice.

- (2) Notice. Notice of any such substitution shall be given in accordance with § 12.
- (3) Change of References. In the event of any such substitution, any reference in these Conditions to the Issuer shall from then on be deemed to refer to the Substitute Debtor and any reference to the country in which the Issuer is domiciled or resident for taxation purposes shall from then on be deemed to refer to the country of domicile or residence for taxation purposes of the Substitute Debtor.

# § 11 FURTHER ISSUES, REPURCHASES AND CANCELLATION

- (1) Further Issues. The Issuer may from time to time, without the consent of the Securityholders, issue further securities having the same terms as the Securities in all respects (or in all respects except for the issue date, the amount and the date of the first payment of interest thereon and/or the date from which interest starts to accrue) so as to form a single Series with the outstanding Securities.
- (2) Repurchases and Cancellation. The Issuer may repurchase Securities in the open market or otherwise and at any price, subject to the prior approval of the competent authority. Securities repurchased by the Issuer may, at the option of the Issuer, be held, resold or surrendered to the Fiscal Agent for cancellation.

#### § 12 NOTICES

- (1) Publication. Subject as provided in paragraph (2) below, all notices concerning the Securities shall be published in the German Federal Gazette (*Bundesanzeiger*). Any notice so given will be deemed to have been validly given on the third day following the day of its publication (or, if published more than once, on the third day following the day of the first such publication).
  - If and for so long as the Securities are admitted to trading on the regulated market of the Luxembourg Stock Exchange and the rules of the Luxembourg Stock Exchange so require, all notices concerning the Securities shall also be published in electronic form on the website of the Luxembourg Stock Exchange (www.bourse.lu).
- (2) Notification to Clearing System. The Issuer may deliver all notices concerning the Securities to the Clearing System for communication by the Clearing System to the Securityholders. Such notification to the Clearing System will substitute the publication pursuant to paragraph (1) above provided that a publication of notices pursuant to paragraph (1) above is not required by law (including by applicable stock exchange rules). Any such notice shall be deemed to have been given to the Securityholders on the seventh day after the said notice was given to the relevant Clearing System.

### § 13 MEETINGS OF SECURITYHOLDERS

- (1) Matters Subject to Resolutions. The Securityholders may, subject to the prior approval of the competent authority, agree in accordance with the German Bond Act (Schuldverschreibungsgesetz) by majority resolution to amend the Conditions, to appoint a joint representative of all Securityholders and on all other matters permitted by law.
- (2) Majority Requirements for Amendments of the Conditions. Resolutions relating to material amendments of the Conditions, in particular consents to the measures set out in § 5(3) of the German Bond Act, shall be passed by a majority of not less than 75 per cent. of the votes cast (Qualified Majority). Resolutions relating to amendments of the Conditions which are not material, require a simple majority of not less than 50 per cent. of the votes cast. Each Securityholder participating in any vote shall cast votes in accordance with the principal amount or the notional share of its entitlement to the outstanding Securities.
- (3) Passing of Resolutions. Securityholders shall pass resolutions by vote taken without a physical meeting (Abstimmung ohne Versammlung) in accordance with § 18 of the German Bond Act.
- (4) Proof of Eligibility. Securityholders must demonstrate their eligibility to participate in the vote at the time of voting by means of a special confirmation of the Custodian in accordance with § 14(3)(i) of these Conditions and by submission of a blocking instruction by the Custodian, which shall apply for the voting period.
- Joint Representative. The Securityholders may by majority resolution provide for the appointment or dismissal of a joint representative (the "Joint Representative"), the duties and responsibilities and the powers of such Joint Representative, the transfer of the rights of the Securityholders to the Joint Representative and a limitation of liability of the Joint Representative. Appointment of a Joint Representative may only be passed by a Qualified Majority (see paragraph (2) above) if such Joint Representative is to be authorised to consent to a material change affecting the substance of the Conditions.

### § 14 GOVERNING LAW, PLACE OF JURISDICTION AND ENFORCEMENT

- (1) Governing Law. The Securities, as to form and content, and all rights and obligations of the Securityholders and the Issuer, shall be governed by German law.
- (2) Place of Jurisdiction. The non-exclusive place of jurisdiction for any action or other legal proceedings ("Proceedings") shall be Frankfurt am Main.
- (3) Enforcement. Any Securityholder may in any Proceedings against the Issuer, or to which such Securityholder and the Issuer are parties, protect and enforce in its own name its rights arising under such Securities on the basis of
  - (i) a statement issued by the Custodian with whom such Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities
    - (a) stating the full name and address of the Securityholder,
    - specifying the aggregate principal amount of Securities credited to such securities account on the date of such statement, and
    - (c) confirming that the Custodian has given written notice to the relevant Clearing System of the intention of the Securityholder to enforce claims directly which (A) contains the information pursuant to (a) and (b), (B) has been acknowledged by the Clearing System, and (C) has been returned by the Clearing System to the Custodian, and
  - (ii) a copy of the Security in global form representing the Securities certified as being a true copy by a duly authorised officer of the Clearing System or a depository of the Clearing System, without the need for production in such proceedings of the actual records or the Security in global form representing the Securities.

For purposes of the foregoing, "Custodian" means any bank or other financial institution of recognised standing authorised to engage in securities custody business with which the Securityholder maintains a securities account in respect of the Securities and includes the Clearing System. Each Securityholder may, without prejudice to the foregoing, protect and enforce its rights under these Securities also in any other way which is admitted in the country of the Proceedings.

#### § 15 LANGUAGE

These Conditions are written in the German language and provided with an English language translation. The German text shall be controlling and binding. The English language translation is provided for convenience only.

#### Part II: Additional Information Teil II: Zusätzliche Angaben

1. ADMISSION TO TRADING AND DEALING **ARRANGEMENTS** ZUM **HANDEL** UND **ZULASSUNG HANDELSVEREINBARUNGEN** 

Admission to trading

Zulassung zum Handel

Yes, application will be made by the Issuer (or on its behalf) for the Securities to be admitted to trading on the exchange and/or market set out below. No assurance can be given that such admission to trading will be obtained.

Ja. ein Zulassung Antrag auf der Schuldverschreibungen zum Handel an der unten genannten Börse und/oder am unten genannten Markt wird von der Emittentin (oder in ihrem Namen) gestellt werden. Es kann nicht zugesichert werden, dass eine solche Zulassung zum Handel tatsächlich erfolgt.

Regulated Market of the Luxembourg Stock Exchange Geregelter Markt der Luxemburger Börse

Expected date of admission Erwarteter Termin der Zulassung with effect from 17 February 2021 mit Wirkung vom 17. Februar 2021

Estimate of the total expenses related to admission to

Geschätzte Gesamtkosten für die Zulassung zum

Handel

EUR 7.500

EUR 7.500

Regulated markets, third country markets or MTFs on which, to the knowledge of the Issuer, securities of the same class as the Securities to be offered to the public or admitted to trading are already admitted to trading.

Angabe geregelter Märkte, Drittlandsmärkte oder MTFs, an denen nach Kenntnis der Emittentin bereits Schuldverschreibungen der gleichen Gattung wie die Handel öffentlichangebotenen oder zum zuzulassenden Schuldverschreibungen bereits zum Handel zugelassen sind.

Nicht anwendbar

Not applicable

Name[s] and address[es] of the [entity] [entities] which [has] [have] a firm commitment to act as [intermediary] [intermediaries] in secondary trading, providing liquidity through bid and offer rates and description of the main terms of [its] [their] commitment

Name[n] und Anschrift[en] [des Instituts, das] [der Institute, die] aufgrund einer festen Zusage als Intermediär[e] im Sekundärhandel tätig [ist] [sind] und über An- und Verkaufskurse Liquidität zur Verfügung [stellen], sowie Beschreibung Hauptbedingungen [seiner] [ihrer] Zusage.

Not applicable

Nicht anwendbar

#### 2. **RATINGS RATINGS**

The Securities to be issued are expected to be rated by Moody's Deutschland GmbH ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P") and Fitch Ratings Ireland Limited ("Fitch") as follows:

Moody's: Baa3 S&P: BBB-Fitch: BBB

Moody's, S&P and Fitch are established in the European Union, are registered in accordance with the CRA Regulation and are included as credit rating agencies in the list of credit rating agencies published by the European Securities and Markets Authority on its website in accordance with the CRA Regulation. "CRA Regulation" means Regulation (EC) No 1060/2009 of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009, as amended, on credit rating agencies.

Die zu begebenden Schuldverschreibungen werden voraussichtlich von Moody's Deutschland GmbH ("Moody's"), S&P Global Ratings Europe Limited ("S&P") und Fitch Ratings Ireland Limited ("Fitch") die folgenden Ratings erhalten:

Moody's, S&P und Fitch sind in der Europäischen Union ansässig, sind gemäß der Ratingverordnung registriert und sind als Ratingagenturen im Verzeichnis der Ratingagenturen aufgeführt, das die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde nach Maßgabe der Ratingverordnung auf ihrer Internetseite veröffentlicht. "Ratingverordnung" bezeichnet die Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der jeweils geltenden Fassung.

Moody's defines:

Baa3:

Moody's: S&P: BBB-

Baa3

Fitch: **BBB** 

Obligations rated "Baa" are judged to be mediumgrade and subject to moderate credit risk and as such may possess certain speculative characteristics.

Moody's long-term obligation ratings are divided into several categories ranging from "Aaa", reflecting the highest quality, subject to the lowest level of credit risk, over categories "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" to category "C", reflecting the lowest rated obligations which are typically in default, with little prospect for recovery of principal or interest. Moody's appends numerical modifiers 1, 2 and 3 to each generic rating classification from "Aa" through "Caa". The modifier 1 indicates that the obligation ranks in the higher end of its generic rating category; the modifier 2 indicates a mid-range ranking; and the modifier 3 indicates a ranking in the lower end of that

generic rating category. Moody's-Definition1: Baa3: Verbindlichkeiten, die mit "Baa" eingestuft sind, werden der "Mittelklasse" zugerechnet und bergen ein moderates Kreditrisiko und weisen mitunter spekulative Elemente auf. von Moody's verwendete Ratingskala Die langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "Aaa", welche die Kategorie höchster Qualität mit einem minimalen Kreditrisiko bezeichnet, über die Kategorien "Aa", "A", "Baa", "Ba", "B", "Caa", "Ca" bis zur untersten Kategorie "C", welche Verbindlichkeiten bezeichnet, bei denen ein Zahlungsausfall in der Regel bereits eingetreten ist geringe Aussichten auf Zins- und/oder Kapitalrückzahlungen bestehen. Moody's verwendet innerhalb der Ratingkategorien "Aa" bis "Caa" numerische Unterteilungen (1, 2 und 3). Der Zusatz "1" bedeutet, dass eine entsprechend bewertete Verbindlichkeit in das obere Drittel der jeweiligen Ratingkategorie einzuordnen ist, während die Zusätze "2" und "3" eine Einstufung im mittleren bzw. unteren Drittel der jeweiligen Ratingkategorie anzeigen. S&P defines: BBB-: An obligation rated "BBB" exhibits adequate protection parameters. However, adverse economic conditions or changing circumstances are more likely to weaken the obligor's capacity of to meet its financial commitments on the obligation. Long-term issue credit ratings by S&P are divided into several categories ranging from "AAA", reflecting an extremely strong capacity of the obligor to meet its financial commitment on the obligation, over categories "AA", "A", "BBB", "BB", "B", "CCC", "CC", "C" to category "D", reflecting that an obligation is in default or in breach of an imputed promise. The ratings from "AA" to "CCC" may be modified by the addition of a plus ("+") or minus ("-") sign to show relative standing within the major rating categories. S&P-Definition2:

Eine mit einem "BBB"-Rating bewertete Verbindlichkeit verfügt über ausreichende Schutzeigenschaften. Jedoch schwächen nachteilige wirtschaftliche Bedingungen oder sich ändernde Umstände eher die Fähigkeit des Schuldners, seine finanzielle Verpflichtung bezüglich der Verbindlichkeit zu erfüllen.

Die von S&P verwendete Ratingskala für langfristige

BBB-:

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "AAA", welche eine extrem starke Fähigkeit des Schuldners zur Bedienung seiner finanziellen Verpflichtung bezüglich der Verbindlichkeit zum Ausdruck bringt, über die Kategorien "AA", "A", "BBB", "BB", "CCC", "CC", "C" bis zur Kategorie "D", welche kennzeichnet, dass die Verbindlichkeit von einem Zahlungsausfall oder dem Bruch eines relevanten Versprechens betroffen ist. Den Kategorien "AA" bis "CCC" kann jeweils ein Plus- ("+") oder Minuszeichen ("-") hinzugefügt werden, um die relative Stellung innerhalb der Kategorie zu verdeutlichen.

'BBB' ratings indicate that expectations of credit risk are currently low. The capacity for payment of financial commitments is considered adequate. but adverse business or economic conditions are more likely to impair this capacity.

Fitch's long-term ratings are divided into several major categories ranging from "AAA", reflecting the lowest expectation of credit risk, over categories "AA", "A", "BBB", "BB", "B", "CCC", "CC" to category "C", reflecting exceptionally high levels of credit risk. Defaulted obligations typically are not assigned "RD" or "D" ratings, but are instead rated in the "B" to "C" rating categories, depending upon their recovery prospects and other relevant characteristics. The modifiers "+" or "-" may be appended to a rating to denote relative status within major rating categories. Such suffixes are not added to the "AAA" obligation rating category or to obligation ratings below "CCC".

Ein "BBB"-Rating zeigt an, dass ein geringes Kreditrisiko erwartet wird. Die Fähigkeit zur Erfüllung finanzieller Verbindlichkeiten wird als angemessen erachtet, aber ungünstige geschäftliche oder wirtschaftliche Bedingungen beeinträchtigen diese Fähigkeit mit höherer Wahrscheinlichkeit.

Die von Fitch verwendete Ratingskala für langfristige Verbindlichkeiten hat verschiedene Kategorien und reicht von "AAA", welche für die geringste Wahrscheinlichkeit eines Kreditrisikos steht, über die Kategorien "AA". "A". "BBB". "BB". "B". "CCC". "CC". bis zur Kategorie "C", welche ein außerordentlich Kreditrisiko kennzeichnet. Ausgefallene Verbindlichkeiten werden typischerweise nicht mit einem "RD"- oder "D"-Rating bewertet, sondern je nach Aussicht auf Rückerstattung und anderen relevanten Parametern stattdessen die Ratingkategorien "B" bis "C" eingruppiert. Den Kategorien kann jeweils ein Plus- ("+") oder

BBB:

Fitch-Definition1:

BBB:

Fitch defines:

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Hierbei handelt es sich um eine Übersetzung der englischsprachigen Originaldefinition.

Minuszeichen ("-") beigefügt werden, um eine relative Einordnung innerhalb einer Ratingkategorie auszudrücken. Solche Zusätze werden der Ratingkategorie "AAA" oder den Kategorien unter "CCC" nicht beigefügt.

3. INTERESTS OF NATURAL AND LEGAL **PERSONS INVOLVED** IN THE **ISSUE/OFFER** INTERESSEN **VON** AN **DER** EMISSION/DEM ANGEBOT BETEILIGTEN NATÜRLICHEN UND **JURISTISCHEN PERSONEN** 

Save for the fees payable to the Management Group, so far as the Issuer is aware, no person involved in the issue or offering of the Securities has an interest material to the issue or the offering.

Mit Ausnahme der an das Bankenkonsortium zu zahlenden Gebühren haben die an der Emission bzw. dem Angebot der Schuldverschreibungen beteiligten Personen – soweit die Emittentin hiervon Kenntnis hat – kein wesentliches Interesse an der Emission bzw. dem Angebot.

4. ESTIMATED NET PROCEEDS AND ESTIMATED TOTAL EXPENSES GESCHÄTZTE NETTOERLÖSE UND GESCHÄTZTE GESAMTKOSTEN

Estimated net proceeds EUR 1,497,630,000 Geschätzte Nettoerlöse EUR 1.497.630.000

Estimated total expenses of the issue Not applicable
Geschätzte Gesamtkosten der Emission Nicht anwendbar

YIELD Not applicableRENDITE Nicht anwendbar

6. INFORMATION ON THE UNDERLYING[S]
INFORMATIONEN ÜBER [DEN] [DIE]
BASISWERT[E]

Not applicable Nicht anwendbar

7. TERMS AND CONDITIONS OF THE OFFER Not applicable KONDITIONEN DES ANGEBOTS Nicht anwendbar

8. DISTRIBUTION VERTRIEB

Method of distribution Syndicated Vertriebsmethode Syndiziert

The Securities will be offered by the Managers and the

Issuer.

Die Schuldverschreibungen werden von den Managern und der Emittentin angeboten.

Management details including form of commitment

The Management Group consists of the following Lead Manager and Co-Lead Managers (each a "Manager"):

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(the "Lead Manager")

**BNP** Paribas

Commerzbank Aktiengesellschaft

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

NatWest Markets N.V. Swedbank AB (publ)

(together, the "Co-Lead Managers")

Einzelheiten bezüglich des Bankenkonsortiums einschließlich der Art der Übernahme

Das Bankenkonsortium besteht aus dem folgenden Lead Manager und den folgenden Co-Lead Managern

(jeder ein "**Manager**"):

Deutsche Bank Aktiengesellschaft

(der "Lead Manager")

BNP Paribas

Commerzbank Aktiengesellschaft

Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale

NatWest Markets N.V. Swedbank AB (publ)

(zusammen, die "Co-Lead Manager")

Firm commitment Verbindliche Zusage

Stabilisation Manager Kursstabilisierender Manager Deutsche Bank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Aktiengesellschaft

Consent to use the Securities Note

The Securities Note may not be used for subsequent

offers.

Zustimmung zur Nutzung der Wertpapierbeschreibung

Die Wertpapierbeschreibung darf nicht für

nachfolgende Angebote genutzt werden.

Prohibition of Sales to Retail Investors in the European Economic Area (within the meaning of Regulation (EU) 1286/2014) or in the United Kingdom Verbot des Verkaufs an Kleinanleger im Europäischen Wirtschaftsraum (im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1286/2014) oder im Vereinigten Königreich

Not applicable

Nicht anwendbar

Settlement Instructions

Abwicklungsanweisungen

Delivery against payment Zug-um-Zug Lieferung

### 9. SECURITIES IDENTIFICATION NUMBERS WERTPAPIERKENNNUMMERN

 Common Code
 230113505

 Common Code
 230113505

ISIN DE000DL19VU0
ISIN DE000DL19VU0

German Securities Identification Number (WKN) Wertpapierkennnummer (WKN)

DL19VU DL19VU

10. **EUROSYSTEM ELIGIBILITY OF NGN**  Not applicable (the Securities are not issued in NGN-

EUROSYSTEM-FÄHIGKEIT DER NGN

Nicht anwendbar (die Schuldverschreibungen werden

nicht im NGN-Format begeben)

11. QUALIFICATION AS **SPECIFIED** SECURITIES **FOR** U.S. TAX LAW **PURPOSES SPECIFIED** QUALIFIZIERUNG ALS SECURITIES FÜR ZWECKE DES U.S.

Nicht anwendbar

Not applicable

THIRD PARTY INFORMATION

STEUERRECHTS

With respect to any information included in these Final Terms and specified to be sourced from a third party (i) the Issuer confirms that any such information has been accurately reproduced and as far as the Issuer is aware and is able to ascertain from information available to it from such third party, no facts have been omitted, the omission of which would render the reproduced information inaccurate or misleading and (ii) the Issuer has not independently verified any such information and accepts no responsibility for the accuracy thereof.

INFORMATIONEN VON SEITEN DRITTER

Hinsichtlich der in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen, die als Informationen von Seiten Dritter gekennzeichnet sind, gilt Folgendes: (i) die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen zutreffend wiedergegeben worden sind und - soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von diesen Dritten zur Verfügung gestellten Informationen ableiten konnte - keine Fakten weggelassen wurden, deren Fehlen die reproduzierten Informationen unzutreffend oder irreführend gestalten würden, und (ii) die Emittentin hat diese Informationen nicht selbständig überprüft und übernimmt Verantwortung für ihre Richtigkeit.

Deutsche Bank Aktiengesellschaft		
Name:	Name:	
Title:	Title:	